

Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 7/2025

Sitzung vom / Séance du 15.12.2025



TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Montag, dem 15. Dezember 2025

IN NICHTÖFFENTLICHER SITZUNG

I	Zivilhospize: Erneuerung zu einem Fünftel des Verwaltungsausschusses	541
II	Personalangelegenheiten des Sozialamtes	541
III	Personalangelegenheiten der Stiftung Jean-Pierre Pescatore	541
IV	Personalangelegenheiten der Stadt Luxemburg	541

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

V	Fragen der Gemeinderäte	541
	1) Frage von Rat Weidig über das Anrainerparken	541
	2) Frage von Rat Weidig über den Tag der Luxemburger Sprache und das Städtetz QuattroPole	541
	3) Frage von Rätin Miltgen über die „Cafészëmmeren“	542
	4) Dringende Frage von Rat Back über einen Vorfall im Fernwärmenetz am 14. Dezember 2025	543
VI	Verkehr	543
VII	Finanzen	543
	1) Antworten des Schöffenrates auf die Stellungnahmen der Gemeinderäte zum Budget 2026	543
	2) Abstimmung über eingereichte Änderungsanträge und Motionen	553
	3) Abstimmung über das berichtigte Budget 2025 und die Budgetvorlage 2026 der Stadt Luxemburg	554
	4) Abstimmung über die Konten 2024 der Stadt Luxemburg, die Konten 2024 der Stiftungen und die Baukostenabrechnungen 2024	554
VIII	Verlängerung der Energieprämie für das Jahr 2026	554
IX	Beteiligung an der Finanzierung des Tram-Depots in Cloche d'Or	555
X	Entlastung bezüglich einer Rechnung über Stabilisierungsarbeiten an der Stützmauer hinter einem Apartmentgebäude	555
XI	Öffentliche Einrichtungen unter der Aufsicht der Stadt Luxemburg	556
	1) Sozialamt: Konten 2022 und 2023 – berichtigter Haushalt 2025 – Budgetvorlage 2026	556

2)	Zivilhospize: Konten 2023 – berichtiger Haushalt 2025 – Budgetvorlage 2026	556
3)	Stiftung Jean-Pierre Pescatore: Konten 2022 – Berichtiger Haushalt 2025 – Budgetvorlage 2026	556
XII	Urbanismus	556
1)	Einstufung als nationales Kulturerbe des Gebäudes gelegen 37, Rue Raspert (Gutachten)	556
2)	Neuordnung von Bauland	557
XIII	Definitive Schulorganisation 2025/2026 des Konservatoriums	557
XIV	Bewirtschaftung des Waldes der Zivilhospize in Lorentzweiler	558
XV	Gerichtsangelegenheiten	558
XVI	Schaffung / Konvertierung von Posten	558

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In nichtöffentlicher Sitzung

I ZIVILHOSPIZE: ERNEUERUNG ZU EINEM FÜNFTEL DES VERWALTUNGSAUSSCHUSSES

II PERSONALANGELEGENHEITEN DES SOZIALAMTES

III PERSONALANGELEGENHEITEN DER STIFTUNG JEAN-PIERRE PESCATORE

IV PERSONALANGELEGENHEITEN DER STADT LUXEMBURG

In öffentlicher Sitzung

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Bezüglich der Tagesordnung möchte ich darauf hinweisen, dass der Punkt „Punktueller Änderung am Teilbebauungsplan „Domaine Media-Park““ (Punkt 12) sowie Punkt 14 (über den Wald der Zivilhospize in Lorentzweiler) nicht heute, sondern in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderates behandelt werden.

V FRAGEN DER GEMEINDERÄTE

1) Frage von Rat Weidig über das Anrainerparken

Rat Tom WEIDIG (ADR): Wir werden oft kontaktiert von Einwohnern, die sich darüber beschwerten, dass es für sie immer schwieriger wird, in ihrer Straße oder in ihrem Stadtviertel einen Parkplatz zu finden. Besonders problematisch ist dies für Personen mit eingeschränkter Mobilität oder Personen, die schwere Einkäufe nach Hause tragen müssen.

- In anderen Ländern gibt es oft Parkplätze, die für Menschen reserviert sind, die in der Nachbarschaft wohnen („Anliegerparkplätze“). Könnte dies auch in der Stadt Luxemburg eingeführt werden?
- Was den Mangel an Parkplätzen betrifft: Uns wurde gesagt, dass manche Leute über die App „Indigo Neo“ ein Parkticket kaufen und dann, beim Erreichen der maximalen Parkdauer, online ein weiteres Ticket kaufen, ohne das Auto zu bewegen. Haben die „Agents municipaux“ die Möglichkeit festzustellen, ob Fahrer diese Vorgehensweise anwenden? Ist geplant, etwas an der App zu ändern, um dies zu verhindern?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Der „Code de la Route“ erlaubt nicht die Schaffung von Anrainerparkplätzen, wie es sie in anderen Ländern gibt. Ausnahmen sind nur für verschiedene Kategorien von Verkehrsteilnehmern möglich: Artikel 5 des „Code de la Route“ sieht vor, dass « toute réservation

d'emplacements de stationnement sur les rues et places publiques est interdite, excepté pour les catégories d'usagers de la route énumérées expressément par la loi, à savoir la Police grand-ducale, les voitures officielles des représentations diplomatiques étrangères ainsi que les voitures destinées au transport de personnes handicapées ». Solange dies im Code de la Route so steht, ist es nicht erlaubt, Anrainerparkplätze einzurichten.

Was die App „Indigo Neo“ betrifft, so ist die falsche Meinung verbreitet, dass man das Auto umparken müsse, wenn die maximale Parkdauer erreicht ist und man weiterhin in der betreffenden Zone parken will. Gemäß der Straßenverkehrsordnung besteht die Verpflichtung zum Umparken nur in Zonen, in denen das Parken kostenlos ist. In gebührenpflichtigen Parkzonen ist es nicht erforderlich, das Fahrzeug umzuparken. Die Parkdauer kann dort durch eine erneute Zahlung am Parkautomaten oder via die App „Indigo Neo“ verlängert werden. Persönlich halte ich es nicht für wünschenswert, die Parkdauer über die App vom Büro aus verlängern zu können, aber da die Straßenverkehrsordnung dies zulässt, können wir daran nichts ändern.

2) Frage von Rat Weidig über den Tag der Luxemburger Sprache und das Städtetz QuattroPole

Rat Tom WEIDIG (ADR): Der 26. September 2025 war der Tag der Luxemburger Sprache. Laut dem Kulturministerium soll dieser Tag die Menschen dazu ermutigen, Luxemburgisch zu sprechen, unabhängig vom Niveau ihrer Sprachkenntnisse. Man sollte keine Angst haben, Luxemburgisch zu sprechen, und anderen zuhören, wenn sie es sprechen, ganz nach dem Motto: „Schwätz mat – Lëtzebuergesch verbënnt“. Der Tag unserer Landessprache soll uns auch mehr Möglichkeiten bieten, unsere Sprache zu feiern und zu pflegen. Meines Wissens hat die Stadt Luxemburg an dieser ersten Ausgabe des Tages der luxemburgischen Sprache nicht teilgenommen.

Am 27. November haben wir das 20-jährige Bestehen von QuattroPole gefeiert. Es handelt sich dabei um eine bedeutende Initiative, um die Verbindungen zwischen den vier großen Städten der Großregion – Metz, Saarbrücken, Trier und Luxemburg – zu stärken, aber auch, um unsere Vielfalt in der Großregion zu pflegen. Mir ist jedoch aufgefallen, dass der Text auf den QuattroPole-Plakaten für die deutschen Städte auf Deutsch und für die Stadt Metz auf Französisch verfasst ist, während für unsere Stadt ebenfalls Französisch statt Luxemburgisch gewählt wurde. Dabei wäre doch wünschenswert, unseren Nachbarn unsere Sprache näherzubringen.

- Trifft es zu, dass die Stadt Luxemburg nicht an der ersten Ausgabe des Tages der luxemburgischen Sprache teilgenommen hat?
- Beabsichtigt die Stadt Luxemburg, für das Jahr 2026 etwas zu organisieren? Hat der Schöffenrat bereits diesbezügliche Ideen?
- Gibt es Überlegungen, unserer Sprache bei QuattroPole mehr Gewicht zu geben, beispielsweise auf Plakaten, während Deutsch und Französisch als Kommunikationssprachen beibehalten würden?

Schöffe Maurice BAUER: Die Stadt Luxemburg hat nicht an der ersten Ausgabe des Tages der luxemburgischen Sprache teilgenommen, da die Information darüber unsere Dienststellen zu kurzfristig erreichte, um eine Teilnahme vorzubereiten. An der Ausgabe 2026 wird die Stadt Luxemburg teilnehmen. Unsere Dienststellen werden dabei insbesondere dem umfangreichen bestehenden Angebot der Stadt Luxemburg im Bereich der luxemburgischen Sprache mehr Sichtbarkeit verschaffen.

Ich danke Rat Weidig für die lobenden Worte bezüglich des Städtetetzes QuattroPole. In der Satzung des Vereins „QuattroPole e.V.“ ist festgehalten: „Die Sitzungen des Vereins werden in französischer und/oder deutscher Sprache abgehalten. Die Arbeitsdokumente werden auf Deutsch und Französisch erstellt, sie werden gleichzeitig in beiden Sprachen übermittelt. Beide Sprachen sind gleichberechtigt.“ Von Luxemburgisch ist dabei also nicht die Rede. Wir versuchen jedoch, der Luxemburger Sprache im Rahmen von QuattroPole eine gewisse Bedeutung zu verschaffen. So besteht z.B. die Veröffentlichung „Sprechen Sie Großregion? – Ein kleiner Kommunikationsleitfaden“, der in den drei Sprachen verfasst ist. Auch die Neujahrskarten, die von den Einrichtungen des Hauses der Großregion verschickt werden, sind in den drei Sprachen verfasst. Wir sind dabei, im Hinblick auf die Ausgabe 2026 des Tages der luxemburgischen Sprache über weitere Aktionen nachzudenken.

3) Frage von Rätin Miltgen über die „Cafészëmmeren“

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Ein Artikel im „Tageblatt“ vom 10. Dezember 2025 hat alarmierende Lebensbedingungen in mehreren „Cafészëmmeren“ über dem Café „Lakert“ enthüllt: Zwei Personen leben dort ohne Strom, ohne Heizung und ohne Warmwasser. Diese Bedingungen verstoßen klar gegen das Gesetz vom 20. Dezember 2019 über die Kriterien für Gesundheit, Hygiene, Sicherheit und Wohnbarkeit von Wohnungen und Zimmern, die vermietet oder zu Wohnzwecken zur Verfügung gestellt werden.

Laut einem Artikel im „Luxemburger Wort“ vom 11. Dezember 2025 soll die Stadt Luxemburg seit fast einem Jahr über diese Situation informiert sein. Wir begrüßen es, dass Schöffin Corinne Cahen die inakzeptablen Bedingungen, unter denen verschiedene Mieter leben müssen, mit Nachdruck anprangert und erklärt: „Bei Kontrollen stellen wir regelmäßig extrem besorgniserregende Situationen fest. Es ist inakzeptabel, dass Mieter wie Vieh leben müssen. Ich setze mich dafür ein, dass die Sanktionen verschärft werden.“ Wir bedauern jedoch, dass sich die Schöffin hinter dem Argument der angeblich unzureichend strengen Sanktionen versteckt, obwohl das Gesetz vom 20. Dezember 2019 bereits eine Geldstrafe von 251 € bis 125.000 € und/oder eine Freiheitsstrafe von acht Tagen bis zu fünf Jahren vorsieht – also bereits außergewöhnlich hohe Strafen. Die Höhe der Sanktionen kann daher nicht das Ausbleiben von Maßnahmen seitens der Stadt Luxemburg rechtfertigen, die sich bisher darauf beschränkt hat, Verwarnungen auszusprechen.

- Warum hat die Stadt Luxemburg nicht die Schließung der „Cafészëmmer“ über dem Café „Lakert“ verfügt, obwohl die festgestellten Tatsachen einen offensichtlichen Verstoß gegen Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2019 darstellen und die dem Eigentümer bzw. dem Betreiber des Gebäudes eingeräumten Fristen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften nicht eingehalten wurden?
- Nach welchen Kriterien, Fristen und Prozeduren gehen die kommunalen Dienste bei unzumutbaren Wohnverhältnissen vor? Wurden diese Prozeduren in diesem speziellen Fall eingehalten? Wenn nicht, warum nicht?
- Welche dringenden Maßnahmen gedenkt die Stadt zu ergreifen, um die Sicherheit, die Gesundheit und die Würde der Menschen, die noch immer gezwungen sind, unter solchen Bedingungen zu leben, zu gewährleisten?

Schöffin Corinne CAHEN: Der von Rätin Miltgen beschriebene Fall hat in den vergangenen Tagen für viel öffentliches Interesse und Aufregung gesorgt. Ich verstecke mich keineswegs hinter irgendwelchen gesetzlichen Bestimmungen – ganz im

Gegenteil. Ich habe mich in der vergangenen Woche gleich dafür eingesetzt, dass der Mann, der noch in einem der besagten „Cafészëmmer“ wohnt, wieder Zugang zur Stromversorgung erhält.

Die Situation ist nicht so einfach. Der betreffende Bewohner möchte nicht umziehen und ist nun, da die Stromversorgung wieder hergestellt ist, wieder ganz zufrieden. Ich hatte Kontakt mit seinem Anwalt und mit Enovos. Die Situation ist insofern etwas kompliziert, als der Betreiber, der die Zimmer vermietet und bei Enovos sowie beim Besitzer des Gebäudes hohe Schulden hat, verschwunden ist. Es handelt sich um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (S.à r.l.). Ich habe mit der Firma Enovos – die sich sehr flexibel gezeigt hat – ausgemacht, dass die Stadt Luxemburg bzw. das Sozialamt die Stromkosten übernimmt. Die Stadt Luxemburg hat zudem eine Reparatur am Stromzähler durchgeführt, da dieser nicht auf den Untermieter, sondern auf den verschwundenen Betreiber angemeldet war.

Ein ähnliches Problem hatten wir beim Café „Siechenhaff“, wo der Betreiber Konkurs angemeldet hatte, wo aber die Brauerei die Stromkosten übernommen hat. Es handelt sich also nicht um einen Einzelfall.

Vertreter des *Service Logement* der Stadt Luxemburg hatten die betreffenden „Cafészëmmeren“ bereits kontrolliert und eine „mise en demeure“ geschrieben, damit die Vorschriften eingehalten werden. In solchen Fällen verlassen die betroffenen Mieter aber nicht sofort die jeweilige Wohnung, weil sie dies erstens oft nicht wollen, zweitens, weil dies nur dann möglich ist, wenn die Sicherheit nicht gewährleistet ist, und drittens, weil dann auch ein Platz benötigt wird, wo die Personen untergebracht werden können. Als letzte Möglichkeit werden die betroffenen Personen in einem Hotel untergebracht, wie es im vergangenen Jahr der Fall war für zwei Familien mit Kindern, die in einer nicht zumutbaren Unterkunft an der Route d'Esch gewohnt hatten.

In diesem konkreten Fall stehen wir mit dem betroffenen Einwohner und seinem Anwalt in Kontakt. Wir werden ihm andere Lösungsvorschläge unterbreiten, da er zwar vorerst noch dort wohnen bleiben will, er die Wohnung aber irgendwann verlassen muss. Im Januar 2026 wird sich das Gericht mit dem Prozess zwischen der Brauerei und dem Betreiber befassen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um zu betonen, dass es inakzeptabel ist, dass manche Besitzer ihre Verantwortung nicht übernehmen und einfach den Strom und das Wasser abschalten, wenn sie einen Mieter loswerden wollen – weil ihnen das einfacher erscheint als eine oft langwierige Gerichtsprozedur –, und dann gesagt wird, die Stadt Luxemburg müsse die Mieter andernorts unterzubringen. Das kann einen Lawineneffekt bewirken. Ich habe deshalb am vergangenen Freitag [am 12. Dezember] in einem Interview im Radio 100,7 auf die Notwendigkeit hingewiesen, die gesetzlich vorgesehenen Sanktionen anzuwenden. Und ich habe betont, dass „Eigentum verpflichtet“. Es kann nicht sein, dass man Dutzende oder gar Hunderte „Cafészëmmer“ besitzt, die noch untervermietet werden, und man als Besitzer so tut, als ob man nichts damit zu tun hätte – und dass dann die öffentliche Hand eingreifen muss, weil die Besitzer ihre Verantwortung nicht übernehmen. Die Stadt Luxemburg übernimmt jedenfalls ihre Verantwortung. Wir kümmern uns ständig um die Unterbringung von Personen, die sich in solchen Situationen befinden. Erst am vergangenen Freitag war das für zwei Familien der Fall.

Doch was passiert dann? Die zwei Familien, die im vergangenen Jahr aus der Wohnung an der Route d'Esch ausgezogen sind, haben vor Gericht gegen den Besitzer verloren. Das bedeutet, dass die Stadt Luxemburg sich um ihre Unterbringung kümmern muss – und diese Unterbringung ist meistens

nicht provisorisch, sondern dauerhaft. Denn als Zwischenlösung käme nur die Unterbringung in einem Foyer in Frage. Ich bin überzeugt, dass die beste Lösung darin besteht, dass die Stadt mehr Wohnraum (Apartments, Studios, möblierte Zimmer) erwirbt und selbst verwaltet. Auch in diesem konkreten Fall werden wir dafür sorgen, dass die betroffene Person eine anständige Unterkunft bekommt.

4) Dringende Frage von Rat Back über einen Vorfall im Fernwärmenetz am 14. Dezember 2025

Rat Nicolas BACK (déi gréng): Am vergangenen Wochenende kam es zu einem Zwischenfall im Fernwärmenetz. Laut Presseinformationen waren die Stadtviertel Kirchberg und Bonneweg betroffen. Als Ursache wurde ein Wasserleck in der Rue des Muguets genannt. Nach unserem Kenntnisstand sind die Fernwärmenetze von Bonneweg und Kirchberg jedoch nicht miteinander verbunden, was Fragen hinsichtlich der Ursache der Störung im Netz von Bonneweg aufwirft. Darüber hinaus scheint es, dass weder die Stadt Luxemburg noch der Netzbetreiber proaktiv kommuniziert haben, sodass viele Kunden keine Informationen über die Situation und die Lösung des Problems erhalten haben.

- Welche Fernwärmenetze waren betroffen und welches waren die genauen Ursachen?
- Wurden in den vergangenen Tagen oder Wochen Vorfälle im Netz festgestellt, die diese Probleme verursacht haben könnten, bzw. wäre es möglich gewesen, diese Probleme zu verhindern?
- Wie viele Kunden waren von der Wärmeversorgung ausgeschlossen, und wie lange?
- Welche Kommunikationsmaßnahmen wurden von der Stadt Luxemburg und dem Betreiber ergriffen? Ist der Schöfferrat der Ansicht, dass eine proaktivere Information der Nutzer angemessen oder sogar notwendig gewesen wäre?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wie auch andere Vertreter der Stadt Luxemburg wurde ich gestern [Sonntag] bezüglich dieses Vorfalls kontaktiert. Weder die Notrufzentrale (112), noch der „Service dépannage“ des Service Eaux der Stadt Luxemburg hatten diesbezüglich Anrufe erhalten. Später am Abend und heute Morgen erhielt ich die vollständigen Informationen: Der Vorfall betraf die Kogenerationsanlage von Kirchberg, die seit 2001 von der Gesellschaft LuxEnergie betrieben wird. Im Vertrag ist festgehalten, dass die besagte Firma täglich rund um die Uhr für den Unterhalt und das Funktionieren der Anlage sorgen muss. Meine letzten Informationen zufolge – die von heute um 13.37 Uhr stammen – hat es sich nur um die Kogenerationsanlage auf Kirchberg gehandelt. Auf dem Stadtgebiet bestehen neun Fernwärmenetze, die – wie Rat Back richtig festgestellt hat – nicht untereinander verbunden sind. Ob es also auch in anderen Vierteln zu Problemen gekommen war, kann ich nicht sagen.

Die Firma LuxEnergie hat vor drei Wochen festgestellt, dass pro Tag 20 Kubikmeter Liter Wasser verloren gehen, und hat seither versucht festzustellen, wo sich das Leck befindet. Am Samstagmorgen wurde das Leck lokalisiert: Ein Rohr in der Rue des Muguets war beschädigt. LuxEnergie hat die für sie tätige Baufirma vor Ort geschickt, um die Reparatur vorzunehmen. Die Arbeiten erwiesen sich als schwieriger als erwartet und dauerten daher länger als es gewöhnlich bei einem Leck der Fall ist. Es hat bis am Sonntagnachmittag gedauert, bis alles wieder funktioniert hat.

Die kritischen Infrastrukturen – das Rehazenter und das Hôpital Kirchberg – wurden in der Nacht von Samstag auf Sonntag über den Vorfall informiert. 50 Personen haben sich

bei LuxEnergie gemeldet, um auf das Problem hinzuweisen. Insgesamt waren 131 Anschlüsse in 21 Straßen betroffen.

Es muss nun analysiert werden, ob das Problem eventuell anders hätte behoben werden können, denn normalerweise kann ein Leck viel schneller repariert werden.

VI VERKEHR

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Unsere Fraktion wird sich wie üblich bei jenen Reglements, die eine Sperrung von Bürgersteigen im Rahmen von Baustellen zur Folge haben, enthalten.

Die betreffenden Reglements werden bei Enthaltung der LSAP-Vertreter gutgeheißen. Die übrigen temporären und definitiven Änderungen an der kommunalen Verkehrsregelung werden einstimmig gutgeheißen.

VII FINANZEN

1) Antworten des Schöfferrates auf die Stellungnahmen der Gemeinderäte zum Budget 2026

Finanzschöffe Laurent MOSAR: Die Vorstellung des Budgets bietet jedes Jahr die Gelegenheit, eine tiefgreifende Diskussion über die Prioritäten des Schöfferrates und der Majorität zu führen. Den Oppositionsparteien bietet es die Gelegenheit, ihre Kritik zu äußern und ihre Alternativen zur Politik des Schöfferrates darzulegen. Doch während die Vertreter der Majorität zahlreiche interessante Vorschläge gemacht haben, hatte die Opposition nicht viel zu bieten.

Rat Benoy gibt sich stets viel Mühe beim Aufsetzen seiner Budgetrede. Vergangenes Jahr sagte ich, bei seinen Budgetreden verhalte es sich wie mit dem alle Jahre wiederkehrenden Weihnachtslied „Last Christmas“. Dieses Jahr war es nicht „Last Christmas“, sondern „All I want for Christmas“ – demnach eine leichte Verbesserung. Wirklich Revolutionäres war der Rede von Rat Benoy aber nicht zu entnehmen. Rat Benoy macht sich Gedanken darüber, dass im Budget nun bereits zum zweiten Mal hintereinander ein Defizit vorgesehen sei. Hätte Rat Benoy mir in den beiden vergangenen Jahren richtig zugehört, hätte er das anders formuliert. Das letzte Defizit in den Konten geht auf das Jahr 2009 zurück. Das eine oder andere Mal haben wir zwar im Budgetentwurf ein Defizit vorgesehen, doch die Konten wurden stets ohne Defizit abgeschlossen. Die Konten 2024 schlossen mit einem leichten Bonus von 12 Millionen Euro ab. Im berichtigen Budget 2025 ist noch ein Defizit von 175 Millionen Euro eingeschrieben, doch ich bleibe optimistisch: Ich kann mir gut vorstellen, dass dieses Defizit bis zum Abschluss der Konten 2025 noch schrumpfen wird. Vielleicht werden wir kein budgetäres Gleichgewicht erreichen, doch bin ich zuversichtlich, dass das Defizit nicht so hoch wie vorgesehen ausfallen wird. Im Budgetentwurf 2026 gehen wir ebenfalls von einem Defizit aus, doch bin ich mir nicht sicher, ob das Defizit das prognostizierte Ausmaß erreichen wird. Trotz aller Ängste, die man haben kann, sollten wir uns darüber einig sein, dass wir momentan eine sehr gute Finanzsituation haben.

Ich werde nicht müde darauf hinzuweisen, dass finanzielle Reserven nicht da sind, um auf unseren Konten „zu schlafen“. Eine Gemeinde ist kein Sparverein. Ich habe immer wieder betont, dass unsere Reserven schnell zurückgehen werden,

wenn wir mit unseren vielen Projekten richtig durchstarten. Eigentlich bin ich sehr froh, dass die Reserven zurückgehen, denn das bedeutet, dass Gelder in wichtige Projekte investiert werden. Dazu gehört z.B. der Bau eines neuen Ressourcencenters, ein neues Leichtathletikstadion und der Ankauf von VEFA-Wohnungen. Ich sehe daher keinen Anlass zur Sorge, sondern vielmehr das Ergebnis einer gesunden und stabilen Finanzpolitik.

Rat Benoy hat zurecht die relativ hohen Überschreitungen von Kostenvoranschlägen angesprochen. Auch der Schöffenrat ist darüber nicht froh. Jedes Mal, wenn der Schöffenrat mit einem überschrittenen Kostenvoranschlag befasst wird, führt dies zu längeren Diskussionen mit den Verantwortlichen unserer Dienststellen, weil wir die Gründe, wieso es zu dieser Kostenüberschreitung gekommen ist, bis ins letzte Detail hinterfragen. Die Opposition vermeidet es jedoch tunlichst, zu erwähnen, dass es bei mehr als zwei Drittel der Projekte nicht zu einer Kostenüberschreitung kommt. Es gibt sogar viele Projekte, bei denen die Kosten bei der Endabrechnung unter dem Kostenvoranschlag liegen. So kommt es z.B. bei Straßenbauprojekten nur sehr selten zu Überschreitungen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei unseren Dienststellen für ihre gute Arbeit zu bedanken.

Die meisten derzeitigen Überschreitungen stehen noch im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, weil die Projekte während der Covid-Zeit ausgearbeitet wurden. Nach der Pandemie begann für den Bausektor eine neue Zeit. Bei fast allen Projekten, die damals entwickelt wurden, kam es zur Überschreitung des Kostenvoranschlags. Wir sind relativ optimistisch, dass es Überschreitungen in diesem Maße bei weiteren Projekten nicht mehr geben wird. Die Kostenüberschreitungen sind vor allem auf die gesetzlichen Preiserhöhungen zurückzuführen, auf die wir als Gemeinde keinen Einfluss nehmen können. Es kommt vor, dass Unternehmen Konkurs anmelden oder Architektenbüros schließen, was zu Verzögerungen führt. Für jede Kostenüberschreitung werden die Gründe im Detail genannt. Wir haben unsere Dienststellen gebeten, beim Abschluss von Verträgen mit Studienbüros noch besser aufzupassen, da wir der Ansicht sind, dass die Honorare manchmal hoch angesetzt wurden.

Die Aussage von Rat Benoy, die Stadt Luxemburg stelle nur wenige Anträge auf staatliche Subventionen, weise ich zurück. Der amtierende Schöffenrat hat erreicht, dass künftig auch der Bau von kommunalen Schulen staatlich subventioniert wird. Das entsprechende Gesetz wird demnächst in der Abgeordnetenkammer zur Abstimmung stehen. Für das Projekt des neuen Schulkomplexes in Dommeldingen werden die staatlichen Subventionen hoch ausfallen.

Wir sind uns alle einig, dass die Mieten in der Hauptstadt zu hoch sind. Zurückzuführen ist dies jedoch vor allem auf ein unzureichendes Angebot an Wohnungen. Die Stadt Luxemburg arbeitet daran, mehr Wohnraum zu schaffen. Ich werde nicht erneut darauf eingehen, was wir diesbezüglich bereits alles unternommen haben und noch unternommen werden. Ein Wohnungsmangel ist nicht unbedingt gut für die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes, weshalb wir weiter daran arbeiten müssen.

Dennoch möchte ich dies auch aus einer differenzierteren Perspektive betrachten, da ich es bedauerlich finde, dass die Situation in Luxemburg manchmal als katastrophal schlecht dargestellt wird. Ich habe mir einige internationale Studien angesehen. In der Studie „Global Property Guide“ steht Luxemburg an achter Stelle unter den zehn europäischen Städten mit den höchsten Mieten. Angeführt wird die Liste von Monaco, gefolgt von London, Zürich, Reykjavik, Dublin, Amsterdam und Paris. Hinter Luxemburg liegen Kopenhagen, Mailand und Lissabon. Das ist sicherlich kein Grund zu prahlen, doch handelt es sich hier um Städte, die aus wirtschaftlicher Sicht zu den erfolgreichsten in Europa zählen. London ist eine große Bankenstadt, Dublin ist unsere größte

Konkurrentin in Bezug auf den Finanzstandort. Die hohen Mieten in Luxemburg-Stadt stehen auch im Zusammenhang mit der hohen Lebensqualität, die viele Menschen anzieht. In einer Studie des *Deutsche Bank Research Institute*, die im Rahmen der Talentsuche erstellt wird, heißt es: „un ratio salaire net-loyer qui reste plus favorable à Luxembourg-Ville que dans la plupart des grandes capitales européennes“. Wenn ich diese Beispiele anführe, dann nicht, um zu sagen, dass wir keine Anstrengungen machen sollen, sondern, um das Ganze in den richtigen Kontext setzen.

Rat Wagner hat seine Überzeugungen – und zu diesen steht er. Ich schätze es, mit Politikern zu tun zu haben, die ihre Meinung nicht beim ersten Windstoß ändern. Rat Wagner stellt zudem die richtigen Fragen, auch wenn wir uns bei den Antworten unterscheiden. Vergangene Woche hat Rat Wagner die Frage nach den Aufgaben einer Gemeinde aufgeworfen. Die Frage ist berechtigt, doch ist die Vorstellung von Rat Wagner eine Traumwelt, in welcher der Staat und die Gemeinde den Bürgern ein Rundum-Sorglos-Paket anbieten sollten: Kinderkrippe, Schule, Schulfoyer, Lyzeum, Universität (mit Studienhilfe), dann eine Stelle bei der Gemeinde oder beim Staat und Rente mit 60 Jahren. Diese Vorstellung, die Rat Wagner von Sozialpolitik hat, ist nicht die unsere. Wir vertreten die Ansicht, dass der Einzelne in seiner Vielfalt und seiner Eigeninitiative unterstützt werden sollte, aber nicht jeder darauf angewiesen ist, vom Staat oder von der Gemeinde an die Hand genommen zu werden. Eine Gemeinde allein kann nicht alles richten. Wir stehen ein für eine selektive Sozialpolitik: Wir wollen den Menschen helfen, die Hilfe brauchen. *déi Léng* wollen einen Ausbau der öffentlichen Dienstleistung, die Rückführung von privaten Dienstleistungsbereichen in die öffentliche Hand. Doch wer würde all die Steuern zahlen, die den ganzen Sozialstaat finanzieren sollen? Eine Antwort auf diese Frage bleiben *déi Léng* schuldig. So sympathisch Herr Wagner mir auch ist: Ich kann nur hoffen, dass ein System, wie es sich *déi Léng* vorstellen, nie kommen wird, denn überall dort, wo es ein ähnliches System gab, ist das Ganze nicht unbedingt gut gelaufen!

Rat Wagner hat meine Partei in der DP-CSV-Koalition als Dackel, als stets nickendes Schoßhündchen, dargestellt. Ich nehme das als Kompliment auf, denn ich lese Ihnen mal vor, was ich über den Dackel gefunden habe: „Dackel sind selbstbewusste, mutige und intelligente Hunde mit ausgeprägtem Eigensinn, die gleichzeitig sehr loyal, anhänglich und lebensfroh sind.“ Ich erkenne mich zu 100 Prozent in dieser Beschreibung wieder. Wenn Rat Wagner die CSV mit diesen Qualitäten sieht, können wir alle gut schlafen!

Abschließend möchte ich auf die Lebensqualität in der Stadt Luxemburg zu sprechen kommen. Im „Quality of Life Index“ der Datenbank Numbeo nimmt die Stadt Luxemburg unter 221 Städten weltweit Platz 11 und unter europäischen Städten den 3. Platz ein. Innerhalb der Europäischen Union belegen wir Platz 2. Hier das Ranking der europäischen Städte: Platz 1: Utrecht, Platz 2: Basel, Platz 3: Luxemburg, Platz 4: Kopenhagen, Platz 5: Wien. Neben dem „Quality of Life Index“ wird auch der „Safety Index“ gemessen, und auch in diesem Bereich schneiden wir gut ab. Dann gibt es zwei Bereiche, in denen wir top abschneiden: der „Traffic Commute Time Index“ und der „Pollution Index“. Auch möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, wie die Stadt Luxemburg vorgestellt wird, wenn sie Talente anziehen will: „Un cadre professionnel stimulant dans un écosystème international, multiculturel et à taille humaine où la nature est toujours proche. Travailler au Grand-Duché ce n'est pas juste cocher une case sur son CV, c'est choisir un mode de vie, un équilibre, une dynamique positifs“. Der Haushalt 2026 ist ein Beweis für die positive Dynamik, die der Schöffenrat fortsetzen möchte.

Schöffe Paul GALLES: Danke allen, die zu den Ressorts Kindheit und Jugend Stellung bezogen haben. Es hat mich gefreut, dass Colette Mart, die den besten Überblick über das Ressort Kindheit hat, erwähnt hat, dass es vor Weihnachten schöne

Momente mit den Kindern im *Wanterbësch* gegeben hat, eine neue Initiative, die sehr erfolgreich ist. Viele Kinder haben den Weg in diesen „Zauberwald“ im *Bambësch* gefunden. Beeindruckend war auch das Konzert der Schule Hollerich am Standort *Geesseknäppchen*.

Ich kann den Wunsch nach mehr öffentlichen Kinderkrippen nachvollziehen. Der Anteil der städtischen Kinderkrippen liegt bei etwa 10 Prozent. Die Stadt Luxemburg ist gesetzlich nicht verpflichtet, Kinderkrippen zu betreiben. Ich spüre die Unterstützung dafür, dass die Stadt Luxemburg weitere öffentliche Kinderkrippen öffnen soll. Die Qualität der privat geführten Kinderkrippen wird geprüft. Die Qualität ist gut. Wir arbeiten demnach Hand in Hand – bzw. parallel – mit vielen Akteuren, die in diesem Bereich tätig sind und gute Arbeit leisten. Wenn man aus Sicht der öffentlichen Hand und vielleicht auch aus Preisgründen das Angebot an öffentlichen Kinderkrippen weiter auszubauen will, muss man vorsichtig vorgehen und sich eine Strategie geben, vor allem angesichts der Tatsache, dass es auf dem Arbeitsmarkt an geeignetem Personal fehlt. Dieses Problem stellt sich noch stärker in Bezug auf die Schulfoyers, die von mehr als 4.000 Kindern besucht werden. Die von der Stadt Luxemburg angebotenen Arbeitsverträge sind sehr attraktiv und für viele Menschen ist es attraktiv, in der Stadt Luxemburg zu arbeiten, weil sich Arbeit so mit anderen Vorteilen verbinden lässt. Nachteile, wie z.B. das Verkehrsaufkommen, werden dabei in Kauf genommen. Wir sind uns der Nachfrage nach zusätzlichen Kinderkrippen bewusst, doch wenn wir das Angebot vergrößern wollen, müssen wir langsam und vorsichtig vorgehen und sicher sein, dass wir nicht nur über die Gebäude, sondern auch über genügend Personal verfügen. Ich bin dafür offen, doch müssten wir uns dafür im Schöffenrat eine Strategie geben.

Ein weiteres Thema, das angesprochen wurde, sind die Schulhöfe. Den Vorwurf, dass sich in diesem Bereich nicht viel tue, muss ich zurückweisen. Es gibt einen Mehrjahresplan für Schulgebäude und Schulhöfe. Uns ist es wichtig – und es ist dies auch ein Anliegen der Schulkommission –, dass die Schulhöfe so gestaltet werden, dass sie den Kindern gefallen, sie so sicher wie möglich sind, viele Spielmöglichkeiten bieten und so viel Natur wie möglich darin integriert wird. Beim Überarbeiten der Schulhöfe werden diese Faktoren prioritär sein. In den vergangenen drei bis vier Jahren wurden Arbeiten in den Schulhöfen Rue Gellé, Rue des Ardennes, in Hamm, Rue Verger und rezent in den Schulhöfen Rue Beving, Neudorf, Rue du Commerce, Rue Beffort, Mühlenbach und Rue Michel Welter durchgeführt. Für die Jahre 2026 und 2027 sind Arbeiten in den Schulhöfen „Biisserwee“, Rue Schlechter, Rollingergrund, Rue Henri VII, Rue Aloyse Kayser und Dommeldingen vorgesehen. Im Bahnhofsviertel werden wir auf den Weg des Bildungshauses gehen. Die Kinder der Schule Rue du Commerce werden in das neue Gebäude einziehen. Hier wird ein neuer Schulhof entstehen, weshalb der bestehende Schulhof in der Rue du Commerce im Interesse der Kinder umgestaltet wurde. Es lag auch ein Projekt größeren Ausmaßes vor, dessen Umsetzung jedoch aufgrund des vorhandenen unterirdischen Parkhauses auf Probleme gestoßen ist. Das Parkhaus wird renoviert werden müssen, so dass es keinen Sinn macht, den bestehenden Schulhof Rue du Commerce von Grund auf neu zu gestalten. Wir haben deshalb provisorische Umgestaltungsarbeiten im Interesse der Kinder umgesetzt.

Nur das Lehrpersonal ist berechtigt, Hausaufgabenhilfe zu leisten. In den Schulfoyers kann eine Hausaufgabenbegleitung angeboten werden. Die zu erledigenden Hausaufgaben werden von der Lehrperson in das *e-Bichelchen* eingetragen, dessen Nutzung jedoch nicht vom Bildungsministerium bzw. von der Regionaldirektion vorgeschrieben ist. Bevor wir hingehen und auf einen dritten Akteur (z.B. Studenten) zurückgreifen, werden wir – infolge der in der Schulkommission geführten Diskussion – mit der Regionaldirektion darüber diskutieren, was wir im Rahmen des jetzigen Systems tun können, um die Dinge besser in den Griff zu bekommen. Wir sind uns

einig, dass es Kinder gibt, die trotz der angebotenen Hausaufgabenhilfe und -begleitung nicht die Hilfe erhalten, die sie benötigen. Das *Silentium* in der früheren Form gibt es nicht mehr. Es wurde in die Schulfoyers verlagert, wo es für die Erzieher oft schwierig ist, mit den Kindern zu arbeiten, wenn das *e-Bichelchen* nicht vom Lehrpersonal genutzt wird bzw. den Erziehern nicht mitgeteilt wird, welche Hausaufgaben die Kinder aufhaben.

Den Vorwurf von Rat Benoy, die bevorstehende Umsetzung des Projektes Alpha in den Schulen der Stadt Luxemburg sei nicht gut vorbereitet, muss ich zurückweisen. Wir bereiten das Projekt Alpha sehr akkurat vor. Die Stadt Luxemburg und die Regionaldirektion sind hier sozusagen Vorläufer. Unser Schuldienst hat sich zusammen mit der Regionaldirektion, unseren Architekten und dem *Service maintenance* alle Schulgebäude angesehen. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten wurde erfasst und es wurde geprüft, wie diese genutzt werden können – eine wahre Sisyphusarbeit! Wir haben uns in alle Gebäude begeben, für die auf der Grundlage der erhobenen Daten hervorgegangen ist, dass es potenziell eng werden könnte. Das Projekt Alpha ist eine Überraschungstüte. Wir wissen nicht, wie viele Kinder sich in der Stadt Luxemburg melden werden, doch man kann abschätzen, was auf uns zukommen wird. Wir hoffen, dass unsere Berechnungen so realitätsnah wie möglich sein werden. Entweder müssen die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten besser genutzt werden oder es muss kurz-, mittel- oder langfristig ein Ausbau von Gebäuden ins Auge gefasst werden. Gegebenenfalls werden wir eine gemeinsame Nutzung mit dem Schulfoyer vorsehen. Auch daran arbeiten wir: Vergangene Woche hatten wir eine Unterredung im Bildungsministerium, um zu besprechen, wie sich die gesetzlichen Bestimmungen und die Standards der Schulfoyers und Schulen aneinander anpassen lassen, damit man Räumlichkeiten überhaupt sowohl für formale als auch für non-formale Aktivitäten nutzen darf. Alle diese Arbeiten laufen auf allen Ebenen. Ich bin ganz begeistert, mit welchem Engagement die verschiedenen Dienststellen arbeiten, um uns zu helfen. Ich meine daher sagen zu können, dass die Stadt Luxemburg, soweit es uns möglich ist, gut vorbereitet ist. Die Stadt hat die französische Agentur „Belvédère“ mit den Vorausberechnungen der Kinderzahlen in den verschiedenen Stadtteilen für die kommenden zehn Jahre beauftragt. In verschiedenen Stadtteilen sind neue Schulgebäude geplant. Ich meine sagen zu können, dass wir gut aufgestellt sind.

Auf der Grundlage des Sozialindexes kann die Stadt die ihr zugewiesenen Kontingente so aufteilen, dass Schulen in „schwächeren“ Stadtteilen mehr Kontingente erhalten. Darüber hinaus erlauben die „postes mobiles“ eine zusätzliche Unterstützung für die verschiedenen Schulen. Es ist dies ein Thema, das uns fortwährend beschäftigt. Erhalten wir von einer Schule die Meldung, dass sie Hilfe benötigt, klären wir die Kompetenzen sofort mit der Regionaldirektion ab. Handelt es sich um Kinder, die sich in einer sehr schwierigen sozio-emotionalen Situation befinden, kann die Stadt beispielsweise die „classe de transition“ anbieten, um so zusammen mit der Regionaldirektion so früh wie möglich einwirken zu können.

Was die künftige Nutzung des aktuellen Standorts des Foyer Pinocchio betrifft, besteht dafür kein Projekt. Ich habe dem Foyer einen Besuch abgestattet. Wir sind im Gespräch mit der Vereinigung Inter-Actions, die das Foyer betreibt, damit wir eine Alternative finden, wenn es mit diesem älteren Gebäude Probleme geben sollte oder ein Umzug des Foyers in Erwägung gezogen würde. Kurzfristig ist nicht geplant, das Grundstück zu bebauen – es sei denn, es wäre erforderlich, rasch eine Ersatzstruktur zu schaffen.

Die Stadt Luxemburg verfügt derzeit über zwei Airtramps: eines in der Schule von Rollingergrund und eines in der Schule Rue Michel Welter. Das Airtramp in der Rue Michel Welter kann genutzt werden, sobald die Arbeiten im betreffenden Raum abgeschlossen sind. Ich habe Verständnis für

die Forderung „Ein Airtramp pro Schule“. Beim Projekte des neuen Schulkomplexes in Dommeldingen wurde ein Airtramp eingeplant. Es ist nicht möglich, von heute auf morgen von zwei auf 19 Airtramps zu kommen. Wir werden also schrittweise vorgehen.

Das Essen für unsere Schulfoyers wird in sieben Zentralküchen zubereitet und dann in die verschiedenen Schulfoyers geliefert. Auch für die städtischen Kinderkrippen haben wir eine Zentralküche. Das System funktioniert derzeit gut. Ab und an erreichen uns Beschwerden über das Essen, die meistens darauf zurückzuführen sind, dass die Gerichte warm angeliefert werden. Aus Sicht der Qualität und der gesunden Ernährung wäre es besser, wenn die Gerichte kalt angeliefert würden. Wir werden prüfen, ob eine solche Umstellung möglich ist. Es gibt keine Pläne, die Zubereitung der Mahlzeiten an einem einzigen Standort zu zentralisieren. Dies würde einen enormen Aufwand bedeuten. Zurzeit sind wir mit den Firmen, die das Essen für unsere Schulfoyers und Kinderkrippen zubereiten, recht zufrieden.

Die Forderung nach einem „guichet unique“ wurde erneut laut. Zum Teil handelt es sich um persönliche Daten über die Kinder, die nicht von allen eingesehen werden sollen. Die verschiedenen Einschreibungssysteme funktionieren einzeln genommen gut. Mit der zunehmenden Digitalisierung unserer Prozesse in den Schulen wird der Zeitpunkt kommen, an dem wir uns fragen müssen, ob eine Zusammenlegung der Daten etwas bringt. Wir werden den geäußerten Wunsch auf dem Radar behalten.

Mir liegen zu diesem Zeitpunkt keine Ergebnisse der Studie zum Handyverbot in den Schulen vor. Das qualitative Feedback, das ich erhalte, ist jedoch insgesamt positiv.

Schöffin Simone BEISSEL: Vorab möchte ich mich bei Rätin Kaiffer für ihren Budgetbericht und bei Schöffe Laurent Mosar für den aufschlussreichen Einblick in die verschiedenen internationalen Studien bedanken. Mein Dank geht auch an die Finanzdirektion sowie an alle Räte, die zu den Budgetdokumenten Stellung bezogen haben.

Budgetberichterstatteerin Anne Kaiffer hat die Bedeutung des Sports für die Integration und das Zusammenleben sowie als Lebensschule unterstrichen. Auch Rat Biver und Rätin Arend sind auf die Bedeutung des Sports eingegangen. Rätin Kaiffer hat auf die geplanten neuen Sportkomplexe in Dommeldingen und Hamm hingewiesen, die das Sportangebot der Hauptstadt massiv erweitern werden. Das Leichtathletikstadion in Hamm wird den internationalen Normen entsprechen und den Sportbedürfnissen der Bürger gerecht werden. Rat Biver hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das neue Stadion zur Verbesserung der Lebensqualität im Viertel Hamm und für die ganze Stadt beitragen wird. Rätin Arend hat daran erinnert, wie wichtig Sport für unsere Gesundheit ist. Im Budget 2026 sind 48 Millionen Euro für den Bereich Sport eingeschrieben. Es handelt sich um Investitionen, die im Interesse der Kinder, der Erwachsenen und der Senioren getätigt werden.

Ich möchte Rätin Arend auch für ihr Lob an die Adresse des Sportdienstes danken, der mehr als 270 Mitarbeiter zählt. Im Rahmen des Programms „Sport pour tous“ werden 210 Sportkurse angeboten. Die Kurse werden von unseren „moniteurs“, zusammen mit den Coaches der verschiedenen Sportvereine gehalten. Es gibt 190 Sportvereine auf dem Stadtgebiet, die uns dabei helfen, diese Kurse zu organisieren. Zum Angebot der Stadt Luxemburg gehören auch die im Winter und im Frühjahr stattfindenden „Sportswochen“, die sich an Jung und Alt richten. Im Rahmen des „Sport santé“ werden u.a. spezifische Kurse für übergewichtige Personen sowie „Sport cardiaque“-Kurse.

In der Sitzung vom 17. Oktober 2025 hat der Gemeinderat vorbereitenden Arbeiten (Erdarbeiten und Infrastrukturarbeiten)

für das Projekt des Leichtathletikstadions in Hamm zugestimmt. Es geht dabei nicht nur um die Spiele der Kleinen Staaten von Europa (Frühjahr 2029), sondern auch um die Schaffung dringend benötigten Wohnraums. Bekanntlich soll auf dem Standort des Stade Josy Barthel ein Wohnungsbau-projekt umgesetzt werden. Der Leichtathletikverein, der sein 25-jähriges Bestehen gefeiert hat, hat hervorragende Ergebnisse aufzuweisen und soll das Stadion an der Route d'Arlon so lange benutzen können, bis das neue Stadion in Hamm fertiggestellt ist.

Ich werde nicht müde darauf hinzuweisen, dass unsere Stadt ständig wächst und unsere Sportinfrastrukturen täglich von 6 Uhr morgens bis 23 Uhr abends zu 98 Prozent ausgelastet sind. Wir planen und bauen, doch wegen der sehr restriktiven Prozeduren kommen wir nicht immer so schnell wie gewünscht voran. Angesichts der hohen Nachfrage haben wir bei der Regierung vorgeschlagen mit der Bitte, der Stadt Luxemburg während der schulfreien Zeit verschiedene staatliche Sportinfrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Unsere Schulfoyers haben Interesse angemeldet, den Kleinen noch mehr Bewegungsangebote anbieten zu können. Wir sind dabei zu prüfen, inwiefern die Schulfoyers außerhalb der Schulzeit die Turnsäle der Schulgebäude nutzen könnten. Dies bedeutet jedoch auch, dass wir zusätzliche „moniteurs“, Coaches und Hausmeister brauchen, die bereit sind, bis in den Abend hinein zu arbeiten. Die Stadt Luxemburg tut, was sie kann.

Was die Schaffung weiterer Schwimmbäder angeht, sei an die Planungen bezüglich der Schwimmbäder in Dommeldingen, Zessingen und Kirchberg erinnert. Wie Sie alle wissen, plant die Stadt darüber hinaus den Bau eines großen Schwimmbades in Kockelscheuer. Die für die Umsetzung dieses Projekts erforderlichen Grundstücke befinden sich nun im Besitz der Stadt Luxemburg. Wir sind auf der Suche nach einem Fachbüro für die Erstellung eines Masterplans. Der Schöffenrat wird den Gemeinderat über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden halten.

Den Vorwurf von Rat Benoy, dass die Stadt keine Strategie aufzuweisen habe, was das Misch- bzw. das Trennsystem im Bereich der Kanalisation betrifft, weise ich zurück. Seit dem Jahr 2018 habe ich den Vertretern von *déi gréng* und den Mitgliedern des Gemeinderates insgesamt 17-mal Erklärungen zu dieser Thematik gegeben – nicht nur im Gemeinderat, sondern auch im Rahmen einer von *déi gréng* angefragten gemeinsamen Sitzung der technischen Kommission und der Kommission für Stadtentwicklung. Während zwei Stunden wurden den Kommissionsmitgliedern das Misch- und das Trennsystem sowie die Vor- und Nachteile beider Systeme akribisch erklärt. In der Hoffnung, dass die Erklärungen diesmal verinnerlicht werden, werde ich das Ganze heute zum 18. Mal erklären. Also: Trennsysteme werden grundsätzlich in neu entstehenden Wohnvierteln verlegt – wie es die EU-Richtlinien vorsehen. In bestehenden Wohnvierteln richtet sich die Entscheidung nach den Bedingungen vor Ort: Wir können kein Trennsystem verlegen, wenn Schmutz- und Niederschlagswasser nicht in separaten Kanalleitungen abgeleitet werden können. Bei einem Mischsystem wird das Schmutz- und das Regenwasser zusammen in einem Kollektor zum Klärwerk geleitet. Unser Kanaldienst und unsere Ingenieure prüfen stets, was machbar ist. Wenn ein Trennsystem machbar ist, kommt es zur Anwendung.

Es fanden Apéri'tours in 22 Vierteln statt. Jedes Mal, wenn Straßenbauarbeiten anstehen, werden die Anrainer informiert. Wir haben unzählige Informationsversammlungen im Zusammenhang mit Baustellen organisiert. Soweit ich mich erinnere, hat Rat Benoy an keiner dieser Versammlungen teilgenommen. Und dennoch wirft er uns vor, keine Maßnahmen zum Schutz vor der Sommerhitze zu ergreifen. Hitze ist seit Jahren ein Dauerthema in allen unseren Dienststellen. Im Rahmen von Baustellen wird stets geprüft, wie viele Bäume angepflanzt werden können und welche Steine verlegt werden

sollen. Parkplätze werden mit dem hellen Luxemburger Sandstein gepflastert. Ein hellerer Stein erreicht einen besseren Wärmeausgleich als ein dunkler Stein. Auf den öffentlichen Spielplätzen werden Sonnensegel gespannt. Der Vorwurf, die Arbeit müsse von Anfang an korrekt geplant werden, zeugt von mangelnder Wertschätzung gegenüber unseren Dienststellen. Die Projekte, die dem Schöffenrat unterbreitet werden, werden von den zuständigen Dienststellen gewissenhaft ausgearbeitet. Sie werden dann in der zuständigen Kommission vorgestellt und besprochen, und es werden Informationsversammlungen für die Anrainer organisiert.

In Bezug auf das geplante Leichtathletikstadion in Hamm werfen uns Rat Benoy und Rat Wagner einen Mangel an Information und fehlende Bürgerbeteiligung vor. Diesen Vorwurf muss ich energisch zurückweisen: Im Rahmen der Apéri'tours haben die Bürger Informationen und Erklärungen erhalten. Weder Rat Benoy noch Rat Wagner haben meines Wissens an dieser Tour teilgenommen. Anschließend hat der Schöffenrat den lokalen Interessenverein mindestens zweimal empfangen, um ihm zusätzliche Informationen zu liefern. Unseren Dienststellen wurde vorgeworfen, eine Salami-taktik anzuwenden. Das Ziel der aktuellen Vorgehensweise besteht darin, die Prozeduren – z.B. die Genehmigungen des Umweltministeriums und des Wasserwirtschaftsamtes – bei umfangreichen Projekten zu beschleunigen. Indem wir beim Projekt in Hamm in der ersten Phase das Areal erschließen, erreichen wir eine Zeitersparnis von sechs bis neun Monaten. Die gleiche Vorgehensweise findet beim Projekt des neuen Ressourcencenters Anwendung. Die Zeitersparnis dürfte sich auch in finanziellen Einsparungen niederschlagen.

Rat Boisante hat die Frage nach einer Impaktstudie für die Rue Notre-Dame aufgeworfen. An der Kreuzung Rue Notre-Dame / Rue du Fossé wurden versenkbare Absperrpfosten installiert. Eine Neugestaltung der Rue Notre-Dame ist angedacht, aber mit zahlreichen Sachzwängen verbunden. Die „Cité Judiciaire“ auf dem Plateau du St. Esprit platzt aus allen Nähten, so dass die Justiz Räumlichkeiten im früheren Athenäum-Gebäude beziehen will. Die Rue Notre-Dame ist eine wichtige Verkehrsachse in Richtung Großherzogliches Palais und Abgeordneten-kammer. Im Hinblick auf die Neugestaltungsarbeiten in der Rue Notre-Dame werden vorab alle notwendigen Studien durchgeführt. Während der Arbeiten muss die Zufahrt für Anrainer, Geschäfte und Restaurants gewährleistet bleiben. Weitere Informationen werden wir zu gegebenem Zeitpunkt liefern.

Schöffin Corinne CAHEN: Ich danke allen Rednerinnen und Rednern, die sich zu den Bereichen Sozialpolitik und Wohnungswesen geäußert haben. Sozialpolitik ist keine Parteipolitik. Sozialpolitik ist Politik für die Menschen – und vor allem für jene Menschen, denen es nicht so gut geht. Ich danke allen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Zusammenarbeit, wenn es darum geht, schnell zu helfen. Sie wissen, dass Sie mich jederzeit kontaktieren können, damit wir zusammen nach Lösungen suchen können. Wir geben immer unser Bestes, um eine Lösung zu finden. Manchmal gibt aber es keine Lösung, und dann müssen wir der Wahrheit ins Auge blicken. Hilfe muss auch von der betroffenen Person angenommen werden.

Rätin Mart und Rat Benoy haben das kürzlich im Gemeinderat gutgeheißene Housing-First-Projekt angesprochen. Zu den Schwerpunkten dieses Projektes zählt die Zugänglichkeit der Wohnungen, auch für Personen mit eingeschränkter Mobilität. Ich hoffe, dass wir das Projekt schnell umsetzen können. In der Zwischenzeit braucht es andere niederschwellige Wohnungen. Es gibt Housing-First-Wohnungen, Betten in Foyers, möblierte Zimmer, Studios und Apartments.

Es wurde sich nach dem *Nightshelter* in Eich erkundigt. Im Rahmen einer Ausschreibung haben vier Firmen ein Angebot eingereicht. Die eingegangenen Dossiers werden nun geprüft.

Im Januar 2026 soll das Projekt vergeben werden. Ich hoffe, dass wir das Projekt bis Sommer 2027 umsetzen können.

In einem Gebäude in der Rue de Bastogne sollen 16 Housing-First-Wohneinheiten eingerichtet werden. In der Rue de la Tour Jacob hat die Stadt Luxemburg dem CNDS vier Wohneinheiten für Housing-First-Wohnungen zur Verfügung gestellt. Dies funktioniert sehr gut: Obdachlose finden wieder Stabilität und ein Zuhause. Die Stadt Luxemburg übernimmt ihre Verantwortung. Wenn Rat Benoy und Rat Wagner sich über zu hohe Mietpreise in der Hauptstadt beschweren, so ist dies sicherlich nicht auf die Hunderten Mietwohnungen zurückzuführen, die sich im Besitz der Stadt Luxemburg befinden, denn die Mieten für unsere Wohnungen sind mehr als korrekt. Sie werden dem Einkommen des Mieters angepasst. Es stimmt, dass die Stadt weitere Wohnungen braucht, die sie zu sozialen Preisen vermieten kann. Wir arbeiten daran. Der Ankauf von VEFA-Wohnungen wird es uns erlauben, Hunderte zusätzliche Wohneinheiten zu schaffen.

Rat Benoy sagte, die sozialen Strukturen sollten nicht alle in den Stadtteilen Gare, Hollerich und Bonneweg konzentriert sein, und erwähnte Gerüchte, dass die Struktur „Stëmm vun der Strooss“ umziehen würde. Ich möchte zunächst betonen, dass die Vereinigung „Stëmm vun der Strooss“ eine sehr wichtige und wertvolle Arbeit leistet und die Struktur auch gut funktioniert. Sollen es kleine, auf verschiedene Stadtteile verteilte Strukturen sein – wie Rat Benoy es fordert und wie ich es mir in einer idealen Welt auch vorstellen könnte – oder muss ein Stadtteil, eine Straße alles allein schaffen? Was ich nun sagen werde, ist keine Entscheidung des Schöffenrates, sondern meine persönliche Meinung – nachdem selbst Polizisten gegenüber Einwohnern der Rue de la Fonderie gesagt haben, dass sie umziehen würden, wenn sie dort wohnen würden; nachdem Rat Benoy selbst gesagt hat, dass man dezentralisieren müsse; nachdem wir täglich Beschwerden erhalten; nachdem die Anwohner wirklich – und zu Recht – am Ende sind, bin ich der Meinung, dass die „Stëmm vun der Strooss“ vielleicht nicht in der aktuellen Größe in diese kleine Straße gehört. Die Struktur ist mit dem Gesundheitsministerium konventioniert. Wir stehen im regelmäßigen Kontakt mit dem zuständigen Ministerium. Wer die Rue de la Fonderie und die Situation nicht kennt, sollte sich vor Ort ein Bild machen – morgens, mittags, abends, nachts. Die Nachbarschaft und die Straße können damit nicht mehr fertig werden. Die Einwohner müssen täglich im Eingangsbereich ihres Apartmentgebäudes über dort liegende Personen steigen; vor der Tür riecht es nach Exkrementen und jeden Tag muss man Angst haben, dass das eigene Kind oder der Hund sich an einer herumliegenden Spritze verletzt. In einer solchen Situation würde wohl jeder sagen, dass er das nicht will. Das hat nichts mit der sozialen Einstellung oder mit Großherzigkeit zu tun, sondern einfach damit, dass wir uns auch um die Lebensqualität der Anrainer kümmern müssen. Unsere Streetworker geben ihr Bestes, doch alles schaffen sie nicht allein. Hier muss der Staat seine Verantwortung übernehmen. Vergangene Woche war der Schöffenrat auf der Willkommensfeier für die neuen Einwohner der Stadtteile Gare und Bonneweg. Rat Benoy war ebenfalls dort. Viele Einwohner haben mich angesprochen und gesagt, sie hätten bereits an vielen Orten im Ausland gelebt, doch nirgendwo sei es so gut gewesen wie hier. Als ich sie nach ihrem Wohnort fragte, sagten sie mir alle, dass sie im Bahnhofsviertel wohnen. Die Leute fanden lobende Worte für die Mitarbeiter von „A vos côtés“. Die neuen Einwohner kennen diese Dienstleistung. Sie rufen dort an, wenn sie begleitet werden wollen, wenn sie nicht allein in der Straße unterwegs sein wollen. Die Mitarbeiter von „A vos côtés“ leisten eine wertvolle und wichtige Arbeit. Es hat mich gefreut, am dem Abend zu hören, dass Menschen gerne im Bahnhofsviertel wohnen. Dies zeigt, dass unsere Anstrengungen zur Belebung des Viertels zu fruchten beginnen. Wenn wieder mehr Menschen in den Straßen unterwegs sind, fühlen sich die Einwohner allgemein auch sicherer.

Rat Benoy hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei der Entwicklung neuer Teilbebauungspläne auch soziale Strukturen mitzudenken. Die Stadt Luxemburg geht auf diesen Weg und versucht immer, auch Housing-First-Wohnungen für Personen, die bereits autonom leben können, einzuplanen.

Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich von Rat Wagner hörte, dass er sich mehr lokale Geschäfte in seinem Viertel wünscht. Es ist davon auszugehen, dass *déi Lénk* diese Woche in der Abgeordnetenkammer gegen das Gesetz zur Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und der Sonntagsarbeit stimmen werden – ich lasse mich aber gerne positiv überraschen! Mich würde interessieren zu erfahren, wie sich Rat Wagner den lokalen Handel im Viertel vorstellt. Nur zu fordern reicht nicht, denn der Betreiber eines kleinen Lebensmittelladens muss von seinen Einnahmen leben können. Bei den Warenpreisen kann er nicht mit den großen Playern mithalten. *déi Lénk* wollen einen Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen und die Rückführung privater Dienstleistungen in die öffentliche Hand. Wir meinen, dass der Handel frei sein soll. Was die Ladenöffnungszeiten angeht, kann ein kleines Lebensmittelgeschäft auch nicht mit den großen Playern mithalten. Wie soll ein kleiner Lebensmittelhändler, der sich selbst nicht einmal einen Mindestlohn auszahlen kann, auch noch einen Angestellten bezahlen können? Budgetberichterstatterin Anne Kaiffer hat die Situation des Handels und die Herausforderungen, vor denen der Handel in den Stadtteilen und im Stadtzentrum steht, gut beschrieben. In den Gesprächen, die wir im Rahmen der *Apéri'tours* mit den Einwohnern geführt haben, wurde immer wieder der Wunsch nach einem kleinen Lebensmittelgeschäft im eigenen Viertel laut. Dies setzt jedoch voraus, dass Personen bereit sind, ein solches Geschäft zu führen, und dass die Einwohner dort tatsächlich einkaufen. Es gibt sicherlich interessante Modelle, doch ein Laden muss auch funktionieren können. Die Meinung, dass ein Mensch von seiner Arbeit leben können muss, teile ich zu hundert Prozent.

Es wurde gefragt, wie die Stadt Luxemburg vorgeht, um Menschen, die Hilfe brauchen, zu erfassen. Dies geschieht über verschiedene Wege: über unsere Streetworker, „A vos côtés“, unsere Partner vor Ort, das Sozialamt, den Schöffen- und Gemeinderat sowie unsere Sprechstunde im Rathaus. Ich meine sagen zu können, dass wir alle nahe am Bürger und sehr reaktiv sind, wenn Hilfe gebraucht wird.

Rätin Brömmel hat sich erneut nach öffentlichen Toiletten und Duschen erkundigt. Unsere Suche nach einem geeigneten Standort geht weiter. Es gibt aber nun einen neuen Ort, an dem Obdachlose ihre Kleidung waschen können, da Inter-Actions umgezogen ist und die neuen Räumlichkeiten geräumiger sind, so dass eine Waschküche eingerichtet werden konnte. Selbstverständlich sind wir nach wie vor gewillt, zusätzliche öffentliche Toiletten und Duschen einzurichten. Für die Würde von Menschen, die kein Zuhause haben, ist es wichtig, dass sie einen Ort haben, wo sie eine Dusche nehmen können. Was den Standort Kockelscheuer angeht, werde ich mich erkundigen. Mir scheint, dass das betreffende Grundstück auf dem Gebiet der Gemeinde Roeser liegt.

Rätin Brömmel wünscht sich mehr Wohnungen für Opfer häuslicher Gewalt und für Drogenabhängige. In Zusammenarbeit mit der Stadt Luxemburg unternimmt der Staat sehr viel in diesem Bereich. Die Stadt Luxemburg hat eine Konvention mit der Vereinigung „Jugend- an Drogenhölle“ abgeschlossen. Diese begleitet Menschen mit Drogenproblemen und stellt vielen von ihnen eine Wohnung zur Verfügung.

Ich danke allen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Unterstützung und die positive Begleitung beim *Tiers-lieu*-Projekt. Das *Tiers-lieu* in Bonneweg funktioniert ausgezeichnet. Viele verschiedene Menschen begegnen sich dort und entwickeln gemeinsam ein Aktivitätsprogramm. Ich freue mich bereits auf die Eröffnung weiterer *Tiers-lieux*.

Rätin Arend möchte ich dafür danken, dass sie das Thema Senioren angesprochen hat. Wir geben unser Bestes, um unseren älteren Mitbürgern ein attraktives Programm anzubieten und so gut wie nur möglich auf sie aufzupassen. Das Feedback, das uns erreicht, ist sehr positiv. Wir werden uns bemühen, unser Senioren-Programm weiter auszubauen.

Ich hatte meine Ausführungen mit der Aussage begonnen, dass Sozialpolitik keine Parteipolitik sei. Das ist keine Floskel, sondern meine Überzeugung – weil ich überzeugt bin, dass wir die Welt nur dann besser machen können, wenn wir gemeinsam daran arbeiten. Ich mache immer wieder die Erfahrung, dass wir den Menschen, denen es nicht so gut geht, besser helfen können, wenn wir gemeinsam nach Lösungen suchen. Empathie kann man sich nicht kaufen. Ich hoffe, dass es uns weiterhin gelingen wird, den Schwächsten in unserer Gesellschaft zu helfen. Die Stadt Luxemburg leistet hier gute Arbeit und wir sind gewillt, noch mehr zu leisten.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Vorab möchte ich allen Rednerinnen und Rednern danken, die sich die Mühe gemacht haben, das Budget positiv oder auch weniger positiv zu bewerten. Ein großer Dank geht auch an unseren hervorragenden Finanzschöffen für seine Ausführungen und seine Arbeit bei der Erstellung des Budgets. Bedanken möchte ich mich auch bei Rätin Anne Kaiffer für ihren Budgetbericht.

Rätin Arend möchte ich für das Lob an die Adresse der Dienststelle „Événements, Fêtes et Marchés“ danken. Das recht kleine Team leistet das ganze Jahr über bei der Veranstaltung von Events eine hervorragende Arbeit. Wir sind stolz darauf, den Einwohnern der Stadt Luxemburg und weit darüber hinaus ein derart vielfältiges Angebot bieten zu können. Unsere Mitarbeiter lieben ihre Arbeit, und das Feedback, das wir erhalten, ist bis auf einige wenige Ausnahmen sehr positiv.

Dem Schöffenrat wurde vorgeworfen, bei den Kosten im Zusammenhang mit den Veranstaltungen im Rahmen des Thronwechsels nicht ganz transparent gewesen zu sein. Im Gemeindegesetz ist zu lesen, dass Anpassungen gegenüber dem ursprünglichen Budget („budget primitif original“) möglich sind. Als das Budget 2025 erstellt wurde, wussten wir noch nicht genau, wann der Thronwechsel im Jahr 2025 stattfinden sollte und welche Form die Feierlichkeiten haben würden. Im Budget ist daher ein Posten (611200) vorgesehen, in den Kredite für neue, nicht vorherzusehende Events eingeschrieben werden können. Sobald die genauen Kosten vorlagen, was erst ziemlich spät der Fall war, haben wir selbstverständlich transparent darüber kommuniziert und die Kosten wurden im rektifizierten Budget eingeschrieben. Wir sind der Ansicht, dass dies der richtige Weg ist.

Ich habe mich bei den Schaustellern erkundigt, wie zufrieden sie mit den Geschäften auf dem Weihnachtsmarkt waren, und erhielt die Antwort, dass sie mit dem Ergebnis sehr zufrieden seien. Trotz des nicht immer guten Wetters seien viele Besucher gekommen. Die Schausteller fanden auch Lob für die Arbeit der kommunalen Dienststellen. Einer der Schausteller sagte, es sei wie in der Politik: die meisten Leute seien zufrieden, und es gebe immer ein paar Ausnahmen – wobei ich unweigerlich an die Ausführungen von Rat Benoy zum Budget 2026 denken musste.

Rat Biver hat zurecht das Thema Informatik und Cybersicherheit aufgeworfen. Ich nutze die Gelegenheit, um erneut auf die Bedeutung der Informatik und die erreichten Fortschritte hinzuweisen, aber auch auf die damit verbundenen Risiken. Es ist wichtig, dass die zuständigen Dienststellen gut aufgestellt sind. Dem Schöffenrat war es daher stets wichtig, dass die Stadt über eine eigene IT-Dienststelle verfügt (*Service TIC*). Diese umfasst eine Abteilung, die sich um die internen Informatiknetze kümmert, einschließlich Telefonie, Glasfasernetz, Wifi-Netz, IUT-Netze, „Internet of things“ sowie die Sammlung und Analyse von Daten im Bereich der

Hochwasserüberwachung, der Luftqualität, usw. Eine andere Abteilung kümmert sich um die Informatiksysteme (informatische Infrastruktur, Datenbanken, Backups, PCs, Laptops, usw.) und noch eine andere um die IT-Anwendungen, die Entwicklung von Anwendungen, deren Wartung und Verwaltung (Buchführung, Personalverwaltung, usw.). Eine Abteilung widmet sich der Cybersicherheit, um die IT-Infrastruktur, die Anwendungen und die Daten sowohl intern als auch extern zu schützen. Der IT-Dienst zählt derzeit mehr als 80 Mitarbeiter, doppelt so viele wie im Jahr 2015. Dank ihrer beiden internen Rechenzentren und ihres eigenen Glasfasernetzes verfügt die Stadt über eine solide Unabhängigkeit im IT-Bereich. In den vergangenen Jahren wurde der Personalbestand der Abteilung Cybersicherheit aufgestockt. Wir greifen auch auf externe Berater zurück, damit wir stets auf dem neuesten Wissensstand sind. Die Stadt hat IT-Sicherheitsexperten eingestellt, um bestmöglich gegen Cyberangriffe aufgestellt zu sein. Im Juni 2025 und im März 2024 wurde die Stadt Opfer von Cyberangriffen, die wir aber relativ schnell im Griff hatten. Unsere TIC-Dienststelle führt derzeit Analysen durch, um denen neuen EU-Richtlinien gerecht werden (NIS2-Direktive). Im Budget 2026 sind sehr hohe Beträge für den IT-Bereich eingeschrieben.

Dass Rat Benoy im Zusammenhang mit dem Projekt „Nouveau Service Hygiène et Centre de ressources“ von einer Salami-taktik gesprochen hat, hat mich überrascht, da wir uns wenige Tage zuvor im Gemeinderat mit der ersten Phase dieses Projekts befasst hatten. Dem Gemeinderat wurden dabei alle nötigen Erklärungen geliefert. Der *Service Hygiène* und der *Service Bâtiments* waren über die Kritik nicht erfreut. Dieses sehr umfangreiche und komplex Projekt war bereits unter der vorangehenden Koalition ein Thema. Erschwert wurde die Planung durch die Pandemie, das neue Abfallgesetz und den Umstand, dass auch die Fahrzeugflotte des Hygienedienstes schrittweise auf Elektro umgestellt wird. Die zuständige Dienststelle weist den Vorwurf der Salami-taktik zurück und erklärt, dass es sich um zwei verschiedene Projekte handelt. Die Gebäude des *Service Cimetières* können erst abgerissen werden, wenn dieser umgezogen ist, d.h. wenn sämtliche Aktivitäten am Standort eingestellt sind. Die Abrissarbeiten stehen nicht im Zusammenhang mit den neuen Einrichtungen des *Service Hygiène* und dem *Centre de ressources*. Rat Benoy bezeichnete die Herangehensweise als intransparent und meinte, der Opposition werde ein Vertrauensvorschuss abverlangt, da sie das Projekt nicht im Detail kenne. Die Fraktion *déi gréng* unterstellt der Majorität damit unterschwellig, dass sie etwas zu verbergen habe. Dabei ist der Bau der besagten Einrichtungen in Merl seit langem vorgesehen. Erklärungen dazu wurden auch in den Stadtteilversammlungen geliefert. Im Gemeinderat wurde nur über die vorbereitenden Arbeiten zur Erschließung des Areals abgestimmt. Man muss das detaillierte Projekt nicht kennen, um diese Arbeiten mittragen zu können. Von einer Wundertüte kann man nicht sprechen, denn das Projekt wurde in der beratenden Kommission in seinen großen Zügen vorgestellt.

Sowohl dem Bereich Wiederverwertung als auch dem pädagogischen Aspekt wird im Rahmen des Ressourcenzentrums eine große Bedeutung beigemessen. Rat Benoy wirft uns vor, das Projekt lange nicht vorangetrieben zu haben. Die zuständigen Dienststellen war über diese Aussage „not amused“ und würde sich sicherlich über eine Entschuldigung von Rat Benoy freuen. Sowohl die Dienststelle des Architekten als auch der Hygienedienst investieren sehr viel Arbeit in dieses Projekt, das zu den komplexesten zählt, die wir in den kommenden Jahren umsetzen werden. Das Umspannwerk von CREOS muss ebenfalls verlegt werden – und auch dabei wird es durch die zurückbehaltene Vorgehensweise zu einer Zeitersparnis kommen. Rat Radoux kann bestätigen, dass die Kommissionsmitglieder Erklärungen sowohl zur Erschließung des Areals als auch zum Projekt erhalten haben.

Was den *Service Biens* betrifft, hat Rat Radoux dargelegt, wie die im Budget eingeschriebenen Einnahmen und Ausgaben zu lesen sind. Allein im Jahr 2025 hat die Stadt Luxemburg Grundstücke für über 200 Millionen Euro erworben. Wenn man diese Zahlen berücksichtigt, stehen wir sehr gut da. Schöffe Mosar und Rat Radoux haben erklärt, wie ein Gemein-debudget funktioniert.

Das Thema Mobilität bleibt ein Dauerbrenner. Rat Benoy hat eine Zusammenfassung aller Kritikpunkte gemacht, die er im Laufe des Jahres angesprochen hat. Sein Fazit: Nichts ist gut, alles ist schlecht! Der Mobilitätsplan ist das Arbeitsdokument, mit dem unsere Dienststellen in den kommenden Jahren weiterarbeiten werden. Das Ziel bleibt dasselbe: Wir fördern den sanften Verkehr und den öffentlichen Transport, um den im Mobilitätsplan eingeschriebenen Modal Split von 51 zu 49 (51 % sanfte Mobilität und öffentliche Verkehrsmittel und 49 % motorisierter Individualverkehr) bis zum Jahr 2035 zu erreichen. Ein Mobilitätsplan ist nicht in Stein gemeißelt, denn die Welt wird nicht aufhören, sich zu drehen. Auf nationaler Ebene wurde mit der Erstellung des Mobilitätsplans 2040 begonnen, um auf der Grundlage der in den vergangenen Jahren gesammelten Erfahrungen Anpassungen vorzunehmen. Es wird auch der Zeitpunkt kommen, an dem der kommunale Mobilitätsplan überarbeitet wird. Zurecht wurde darauf hingewiesen, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Der Schöfferrat hat beschlossen, weitere Teilstudien durchführen zu lassen, z.B. im Hinblick auf die Installation von Ladestationen für Elektrofahrzeuge. Eine weitere Studie betraf das Verkehrs-beruhigungskonzept. In den drei von Rat Benoy erwähnten Stadtteilen wurden diesbezüglich Pilotprojekte gestartet. Das Pedibus-Projekt wurde ausgebaut. Das Projekt eines Kinder-stadtplans wurde initiiert, doch leider haben sich nicht genügend Eltern gemeldet, weshalb wir bei der Erstellung dieses Plans nicht wie gewünscht vorangekommen sind. Wir werden einen zweiten Anlauf nehmen. Unsere Dienststelle arbeitet außerdem intensiv an einer Reform der Regelungen bezüglich des Parkens. Alle im Mobilitätsplan enthaltenen Punkte sind uns wichtig.

Das Konzept „Langsamverkehr“ ist in unserem kommunalen Mobilitätsplan eingeschrieben und soll umgesetzt werden. Der Schöfferrat hat das Fachbüro Gehl mit der Durchführung einer Bestandsanalyse beauftragt. Wie ich bereits in meiner Antwort auf eine von *déi gréng* eingereichte Frage erklärt hatte, soll das Büro Gehl uns auch Verbesserungsvorschläge machen und einen Abschlussbericht vorlegen. Letzterer wird dem Schöfferrat vorgelegt, diskutiert und zu gegebenem Zeitpunkt wird die zuständige beratende Kommission damit befasst. Dann wird der Bericht auch veröffentlicht. Ich finde es daher traurig, dass *déi gréng* in den sozialen Medien für Aufruhr sorgen, indem sie vorgeben, wir würden alles in der Schublade verschwinden lassen. Der Abschlussbericht liegt dem Schöfferrat noch nicht vor. *déi gréng* würden mich positiv überraschen, wenn sie sich in den sozialen Medien für ihre *Fake News* entschuldigen und richtigstellen würden, dass die von ihnen verbreiteten Informationen nicht der Wahrheit entsprechen.

Verkehrsberuhigende Maßnahmen wurden in drei Stadtteilen umgesetzt. In Merl haben wir nach zwei oder drei Tagen gemerkt, dass Fehler unterlaufen sind. Unsere Dienststellen haben sich vor Ort begeben – auch ich selbst war vor Ort –, und es wurden rasch Änderungen vorgenommen. Es wurden Zählungen durchgeführt, um festzustellen, was die umgesetzten Maßnahmen bewirkt haben, wie sich die Verkehrssituation entwickelt hat. Diese Analyse wurde für die Stadtteile Merl, Hollerich und Limpertsberg durchgeführt. In Hollerich haben wir festgestellt, dass sich der Verkehr aus einer Straße in eine andere verlagert hatte. Die Dienststellen werden uns ihre Verbesserungsvorschläge unterbreiten und wir werden die nötigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Im Stadtteil

Limpertsberg waren verschiedene Bürger unzufrieden mit den getroffenen Maßnahmen, doch mittlerweile erhalte ich durchwegs nur positives Feedback. Es stimmt, dass die Bürger auf die Installation der restlichen Berliner Kissen warten. Diese werden installiert, sobald wir die Genehmigung vom Staat erhalten haben. Verkehrsberuhigende Maßnahmen werden auch in anderen Stadtteilen (Belair, Bonneweg, Bahnhofsviertel, usw.), für die ebenfalls eine Analyse durchgeführt wurde, umgesetzt, wobei die gesammelten Erfahrungswerte einfließen werden.

Die Stadt Luxemburg unterstützt die Trambahn. Tram und Bus sollten zusammen betrachtet werden, denn ohne unser Busnetz – das 31 reguläre Linien, acht Late-Night-Linien sowie die Schülertransporte umfasst –, würden wahrscheinlich 80 Prozent der Einwohner der Hauptstadt nicht nach Hause gelangen. Wir brauchen also sowohl ein leistungsfähiges städtisches Busnetz als auch eine performante Trambahn. Letztere profitiert von einem reservierten Raum und einer priorisierten Ampelschaltung. Zu Stoßzeiten fährt die Tram sogar in einem 3,5-Minuten-Takt, was sich mit dem Bus nicht erreichen lässt.

Was bringt mehr: eine Trambahn durch die Avenue de la Porte Neuve oder durch die Route d'Esch? Im Rahmen der durchgeführten Analysen waren sich alle Experten einig, dass die Route d'Esch die bessere Lösung darstellt. Zu Stoßzeiten ist die Trambahn in der Tat auf der Strecke Bahnhof-Oberstadt überlastet. Ohne die städtischen Busse, von denen viele durch die Oberstadt fahren, wäre die Straßenbahn auf der genannten Strecke noch stärker überlastet. Die Erweiterungen des Straßenbahnnetzes in Richtung Strassen (Route d'Arlon) und in Richtung Stadion (Ban de Gasperich/Kockelscheuer) werden zu einer erheblichen Verbesserung führen.

Die Auswirkungen der *Schueberfouer* auf die Trambahn waren ein Thema bei Unterredungen mit Luxtram. In einer idealen Situation ohne räumliche Zwänge wäre es in der Tat besser, wenn während der Schobermesse kein Trambahngeleis gesperrt würde. Doch um die Schobermesse in der jetzigen Form abhalten zu können, wird die minimale Fläche, die im Jahr 2025 festgelegt wurde, benötigt.

Dass die Stadt Luxemburg im *Copenhagenize Index* auf Platz 77 geführt wird, bewerten *déi gréng* als schlecht. Wir finden es dagegen beachtenswert, dass wir es bei 150 Städten beim ersten Mal unter die Top 100 geschafft haben. Zu den Hauptbewertungskriterien beim *Copenhagenize Index* zählen erstens eine sichere und gut vernetzte Fahrradinfrastruktur (46,7 Punkte für die Stadt Luxemburg), zweitens die Fahrradnutzung und Zugänglichkeit der Fahrrad-Einrichtungen (15,6 Punkte für die Stadt Luxemburg) und drittens die Politik im Bereich der Fahrradmobilität (52,5 Punkte für die Stadt Luxemburg). In puncto Fahrradinfrastruktur und politischer Wille schneiden wir also sehr gut ab. London erreicht für den Bereich Fahrradinfrastruktur 49,6 Punkte, Brüssel 42,6 Punkte, Zürich (Platz 22) 45,3 Punkte und Montreal (Platz 15) 49,2 Punkte. Dieser Vergleich zeigt, dass wir in diesem Bereich gut unterwegs sind. Wäre „Sicherheit und Infrastruktur“ das einzige Kriterium, läge die Stadt Luxemburg bereits auf Platz 39. Wo unsere Stadt nicht so gut abschneidet, ist bei der Nutzung des Fahrrads – wobei aber berücksichtigt werden muss, dass der öffentliche Transport im ganzen Land gratis ist, während die Einwohner von Städten im Ausland teuer dafür bezahlen müssen. Richtig ist, dass unser Fahrradnetz noch Lücken aufweist. Der Schöfferrat will diese Lücken so schnell wie möglich schließen. Was den Bereich Sicherheit angeht, schneiden wir sehr gut ab. Der *Copenhagenize Index* berücksichtigt in diesem Zusammenhang die Anzahl der tödlichen Fahrradunfälle in den letzten sechs Jahren. In der Stadt Luxemburg lag diese Zahl bei null, so dass wir in diesem Bereich den sehr guten Platz 5 belegen. Persönlich sehe ich unser Ranking im *Copenhagenize Index* demnach als Ansporn.

Rat Boisante meinte, es fehle dem Schöfferrat an Planung. Ein Mobilitätsplan wurde erstellt und dem Gemeinderat vorgestellt. Nun wird er in Etappen konsequent umgesetzt. Unsere Dienststellen bemühen sich, den sanften Verkehr und den öffentlichen Transport weiter voranzubringen.

Dass sich Rat Boisante nach einem Ausbau des Carsharings erkundigt hat, finde ich erstaunlich, denn vor knapp zwei Monaten waren wir uns einig, dass wir in der Stadt Luxemburg nun ein noch besseres Angebot anbieten können. Mit der Carsharing-Plattform Flex haben wir nun einen einzigen Anbieter, während die Stadt Luxemburg einen finanziellen Beitrag leistet. Wenn die Nachfrage wächst, werden wir zusammen mit Flex einen Ausbau des Angebots prüfen. Wir sind überzeugt, dass alle ehemaligen Kunden von Carloh zu Flex wechseln werden, denn fast alle Carloh-Stationen werden von Flex weiterbetrieben. Nur einige wenige Stationen, die nicht viel genutzt wurden, wurden nicht übernommen. Wir alle hoffen, dass Carsharing in der Stadt Luxemburg noch beliebter wird.

Die Aussage von Rat Boisante, dass die Einwohner von Hamm eine Fahrradrouten vermissen würden, finde ich erstaunlich, da wir den Bau eines bidirektionalen Radwegs zwischen der Kirche von Hamm und dem Bahnhof Cents beschlossen haben. Andere Straßen sind als Tempo-30-Zonen ausgewiesen. Bekanntlich gibt es in Hamm Straßen, in denen der Platz nicht einmal ausreicht, um einen ausreichend breiten Gehweg anzulegen. Wir tun alles, damit es in der Tempo-30-Zone gut mit dem Miteinander klappt. Im Rahmen der Umsetzung des Sportkomplex-Projektes in Hamm sind auch Wege für Fußgänger und Radfahrer vorgesehen, was sicherlich zu einer Verbesserung der Mobilität im Viertel beitragen wird. In den vergangenen Wochen haben mich positive Feedbacks aus dem Viertel Hamm erreicht. Es wird zu einer Verkehrsberuhigung im Viertel kommen. Im Bereich der Sportinfrastruktur werden Bussteige angelegt. Das Projekt wird ein Mehrwert für das ganze Viertel sein.

Rätin Mart hat begrüßt, dass weitere Parkhäuser renoviert werden sollen. Dabei werden wir schrittweise vorgehen. Die Parkhäuser werden renoviert, modernisiert und den geltenden Normen angepasst. Rätin Mart hat sich über die Möglichkeit erkundigt, zusätzliche Fahrradständer entlang der Tramtrasse vorzusehen. Dort, wo genügend Raum zur Verfügung steht, können weitere Fahrradständer installiert werden. Die Initiativen „Second Hand“ und „Repair Café“ werden fortgesetzt.

Rätin Arend hat sich für einen weiteren Ausbau der Tempo-30-Zonen ausgesprochen. In der Zwischenzeit gibt es in fast allen Wohnvierteln Tempo-30-Zonen. Auf Nationalstraßen können und wollen wir Tempo 30 jedoch nicht einführen, denn dort muss ein guter Verkehrsfluss gewährleistet bleiben – auch, um zu verhindern, dass die Autofahrer Schleichwege durch die Wohnviertel nehmen. Der Großteil des Verkehrs soll über Nationalstraßen fließen. Ausnahmen sind punktuelle Tempo-30-Zonen im Bereich von Schulen und Schulfoyers.

Mobilität war ein Thema, das bei den Apéri'tours oft angesprochen wurde. Die Bürger konnten ihre Anliegen und Vorschläge im direkten Kontakt mit den Vertretern unserer Dienststellen vorbringen und somit sehr rasch Antworten erhalten.

Der Schöfferrat wird die in der Schöfferratserklärung angekündigten Projekte in den kommenden Jahren konsequent vorantreiben. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Schöffe Maurice BAUER: Vorab möchte ich allen Rednerinnen und Rednern für ihre Beiträge zu den Budgetdebatten danken. Der Handel zählt zu meinen Zuständigkeitsbereichen, als Schöffe, weshalb ich mich darüber freue, dass Rätin Kaiffer in ihrem Budgetbericht den Schwerpunkt auf dieses Thema gelegt hat und hervorhebt, was die Stadt Luxemburg in den vergangenen Jahren zur Unterstützung des Handels

unternommen hat. Als aktive Geschäftsfrau kennt sich Anne Kaiffer bestens mit dieser Thematik aus.

Den Aussagen, dass dieses und jenes nicht klappe, möchte ich entgegenhalten, dass seit 2024 mehr als 50 neue Geschäfte in der Oberstadt und im Bahnhofsviertel eröffnet wurden – ein starkes Signal für den Handel! Bezüglich der Frage von Rat Wagner möchte ich betonen, dass es keineswegs nur drei *Success Stories* bei 79 Pop-Up-Stores gibt, sondern, dass die Erfolgsquote bei 30 Prozent liegt. Jedem Dritten Betreiber von Pop-Up-Verkaufsflächen, welche die Stadt zur Verfügung gestellt hat, ist es nach Ablauf des Vertrages gelungen, einen Vertrag auf dem privaten Markt abzuschließen. Unsere Anstrengungen in diesem Bereich haben also gefruchtet und wirken sich positiv auf die Diversifizierung des Handels in der Stadt aus.

Rat Boisante hat sich erkundigt, inwiefern die Stadt Luxemburg das Handelskataster nutzt. Diese von meinem Vorgänger Serge Wilmes in die Wege geleitete Datenbank ist sehr nützlich und erleichtert die Arbeit unserer Dienststelle sehr. Das Kataster informiert darüber, welche Geschäfte mit welchem Angebot es in welcher Straße gibt und wo Geschäfte leer stehen. Es erlaubt somit eine gezielte Unterstützung des

Geschäftsverbands (UCVL) und der Personen, die an der Eröffnung eines Geschäfts in der Stadt interessiert sind. Die Daten werden laufend aktualisiert. Wir sind auch stets bemüht, mit anderen Akteuren, die über ähnliche Instrumente verfügen, zusammenzuarbeiten. Dazu zählt z.B. die *Luxembourg Confederation*. In der Hauptstadt sind mehr als 2.500 Geschäfte angesiedelt und sie alle erwarten eine gewisse Begleitung seitens der Stadt Luxemburg. Mit Projekten wie „Mon quartier“ versuchen wir, den Handel in den verschiedenen Stadtteilen zu unterstützen.

Es hat mich gefreut, dass Rätin Kaiffer in ihrem Budgetbericht im Detail auf die Anstrengungen der Stadt eingegangen ist. Es besteht eine gute Zusammenarbeit mit der UCVL, und fast jede Woche tauschen sich Vertreter unserer Dienststellen und mit Vertretern der UCVL aus. Wir pflegen auch die Zusammenarbeit mit der *Luxembourg Confederation*, mit dem Ministerium, der Handelskammer und allen anderen beteiligten Akteuren, um eigentlich eine Art „guichet unique“ zu schaffen, um Interessenten, die ein Geschäft in der Stadt Luxemburg eröffnen wollen, zu helfen. Wir sind bemüht, die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wir beobachten selbstverständlich die Entwicklung der Situation, was die von der Stadt Esch/Azette eingeführte Leerstandstaxe betrifft. Wir sehen praktische Probleme bei der Umsetzung der Maßnahme. Sollte die Stadt Esch/Azette jedoch erfolgreich damit sein, werden wir uns sicherlich zusammensetzen und sehen, wie wir weiter vorgehen.

Das Budget 2026 ist das Ergebnis der Zusammenarbeit von 4.600 Mitarbeitern, die sich Tag für Tag mit Herz und Seele für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger engagieren. Mag der Schöffenrat auch die politische Richtung angeben, so geben die Dienststellen stets ihr Bestes, um die verschiedenen Projekte umzusetzen.

Ich danke Rätin Mart für ihre Unterstützung im Bereich der Chancengleichheit und Rätin Brömmel für ihre ermutigenden Worte im Zusammenhang mit der *Luxembourg Pride* sowie für ihre gute Zusammenarbeit in der beratenden Kommission.

Die Ausführungen von Rat Benoy zur Umweltpolitik haben mich dann doch enttäuscht. Er hat zwar anerkannt, dass die Umweltpolitik in der Schöffenratserklärung zur Priorität erklärt wurde. Ich kann aber nicht hinnehmen, dass er sich auf den Umweltbericht 2023 beruft, um zu kritisieren, dass der Schöffenrat hinter den Zielen hinterherhinke. Jedes Mal, wenn in der beratenden Kommission ein Umweltbericht vorgestellt

wird, werden die Ausschussmitglieder über die Gründe für die Verzögerungen informiert. Es wurde auch betont, dass wir dabei sind, diese Verzögerungen aufzuholen. Der Umweltbericht 2024 wird im Januar 2026 vorgestellt.

Im Oktober 2025 wurde die Stadt Luxemburg mit dem *European Energy Award Gold* ausgezeichnet (mit einem Punktestand von 78,2 %). Diese höchste Zertifizierungsstufe beweist, welche Anstrengungen die Stadt Luxemburg leistet. Rat Benoy weiß genau, dass unsere Dienststellen stets ihr Bestes geben, um in der Umweltpolitik Akzente zu setzen und neue Wege zu gehen. Dass er sich in seinen Ausführungen nur auf den Umweltbericht 2023 basiert hat, zeugt von sehr schlechtem Stil.

Was die Anzahl der bereits gepflanzten Bäume betrifft, wurden seit dem Jahr 2024 fast 7.000 neue Bäume gepflanzt. 3.000 Bäume werden im Januar 2026 auf einem Acker auf dem *Escherfeld* gepflanzt. Es wurden Bäume in Schulhöfen gepflanzt und *Tiny Forests* geschaffen. Es wurden Bäume zusammen mit dem *Fonds Kirchberg* (FUAK) gepflanzt. Im November 2025 haben die Stadt Luxemburg und *IMS Luxembourg* die Umweltinitiative „Trees in the City – Business in Action“ ins Leben gerufen. Die Initiative richtet sich an die auf dem Stadtgebiet niedergelassenen Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und Vereine mit dem Aufruf, auf ihrem Gelände Bäume zu pflanzen. Viele Unternehmen haben ihr Interesse an der Teilnahme bekundet. Viele Bäume wurden demnach bereits gepflanzt und weitere Projekte werden folgen. Grob geschätzt werden wir in den kommenden Jahren rund 11.000 weitere Bäume pflanzen. Soweit möglich wollen wir in jedem Stadtteil einen *Tiny Forest* schaffen. Ich nutze die Gelegenheit, um den Dienststellen zu danken, die uns helfen, Grundstücke zu finden, um die Begrünung des städtischen Raums im Interesse der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger aktiv voranzutreiben.

Rat Benoy hat sich erkundigt, welche Strategie die Stadt Luxemburg in Bezug auf Wärme und Gas verfolgt. Auch hier arbeiten wir daran, die Situation zu verbessern, doch fehlt es derzeit noch an einem gesetzlichen Rahmen. Wir stehen in engem Austausch mit dem Wirtschaftsministerium, das an der Ausarbeitung eines Gesetzes arbeitet. Gasheizungen werden bei der Umsetzung neuer Teilbebauungspläne keine mehr eingebaut.

Klimaanpassungsmaßnahmen werden auf vielen Ebenen vorangetrieben (Wald, Parks, Begrünungskonzept usw.). Die Stadt arbeitet an der Entwicklung eines Klimaplanes mit einer klaren Strategie.

Ein Begrünungskonzept ist in Ausarbeitung. Der Schöffenrat hat bereits einen ersten Einblick erhalten. Wenn das Konzept spruchreif ist, wird es der zuständigen beratenden Kommission und dem Gemeinderat vorgestellt. Allzu lange wird es nicht mehr dauern.

Auch was die Reduzierung von CO₂-Emissionen angeht, sind wir gut unterwegs. Die neuesten Daten wurden sowohl im Klimateam als auch in der Umweltkommission offengelegt. Bei verschiedenen Aspekten gibt es gute Fortschritte, bei anderen ist noch etwas mehr Arbeit erforderlich. Die vollständige Elektrifizierung unserer Busflotte wird uns einen großen Schritt voranbringen. Die Bürgerinnen und Bürger werden sensibilisiert und informiert (CityMag, Broschüren, usw.), denn auch sie sind Teil der Lösung. Auch hier werden wir weiter daran arbeiten. Rat Benoy meinte, dass es beim Ausbau der Photovoltaik im Vergleich zu 2013 keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen gebe. Vielleicht gab es unter der damaligen Majorität keine Fortschritte, doch mittlerweile verzeichnen wir eine rasante Entwicklung auf diesem Gebiet, und wir werden unsere Bemühungen auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Die Prioritäten in den Bereichen, für die ich als Schöffe zuständig zeichne, sind in der Schöffenratserklärung beschrieben. Ich danke meinen Kollegen aus dem Schöffenrat, dass sie hinter mir und den Dienststellen stehen, wenn wir neue Ideen und Vorschläge einbringen. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Vorab möchte ich Rätin Kaiffer für ihren Budgetbericht danken. Sie hat den Handel, der zur Belebung unserer Stadt beiträgt, in den Mittelpunkt ihres Berichtes gestellt. Anne Kaiffer ist selbst eine aktive und erfolgreiche Geschäftsfrau und wir wünschen uns, dass viele Menschen diese Energie und dieses Engagement aufbringen. Ich danke auch allen Rednerinnen und Rednern, die sich zum Budget 2026 geäußert haben. Dies gibt mir und meinen Kollegen aus dem Schöffenrat die Möglichkeit, das Bild, das verschiedene Redner zeichnen wollten, zu korrigieren. Es wurde bereits dargelegt, welche Anstrengungen unternommen werden und mit welchem Engagement wir an der Verwirklichung der gesetzten Ziele arbeiten.

Die gute Finanzsituation wird es uns erlauben, die vielen Projekte, auf die meine Kolleginnen und Kollegen erneut eingegangen sind, umzusetzen. Paul Galles hat aufgezeigt, wie engagiert wir in der Schulpolitik sind. Maurice Bauer hat unser Engagement für die Umwelt und den Handel unterstrichen, Simone Beissel das Engagement für den Sport und im Bereich der Infrastrukturen. Patrick Goldschmidt hat erklärt, was die Stadt alles unternimmt, um die Stadt Luxemburg im IT-Bereich so aufzustellen, dass wir den Herausforderungen gerecht werden können, und welche Maßnahmen im Mobilitätsbereich getroffen werden. Corinne Cahen ist auf die Sozialpolitik eingegangen. Auch auf die großen Anstrengungen, die von der Stadt Luxemburg unternommen werden, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, wurde eingegangen. Wir werden unsere Anstrengungen auf allen Ebenen fortsetzen. Loyalität wird im Schöffenrat großgeschrieben – genauso wie unsere Loyalität gegenüber der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern. Jeder von uns gibt in seinen Zuständigkeitsbereichen das Beste und alle zusammen geben wir unser Bestes.

Rat Philippart möchte ich für seine Ausführungen zur Kultur danken. Er hat die zahlreichen Anstrengungen auf kultureller Ebene hervorgehoben. Der Anteil des Kulturbudgets am Budget 2026 liegt bei fast 10 Prozent. Wir alle wissen um die wichtige Rolle, die die Kultur in einer so multikulturellen Gesellschaft wie der unseren einnimmt. Rat Philippart hat auf die vielen Projekte hingewiesen (Archive, Konservatorium, Michel-Rodange-Haus, *Cinemathèque*, Mansfeld-Projekt, Kulturzentrum in Hamm usw.), die wir vorantreiben, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu fördern. Die Fotothek hat einen Bestand von mehr als sieben Millionen Fotos. 2,5 Millionen Fotos sind bereits digitalisiert. Rat Philippart wünscht sich eine noch größere Sichtbarkeit der Dokumente auf einer Plattform, damit die Bürgerinnen und Bürger noch besser sehen können, was Einrichtungen wie unsere Fotothek zu bieten haben. Dabei wäre es möglich, sich z.B. an der Plattform der Nationalbibliothek auszurichten, wobei der Schutz des geistigen Eigentums stets gewährleistet sein muss.

Rat Radoux hat den Wunsch zum Ausdruck gebracht, das Pavillon auf dem Friedhof Merl auszubauen, die Besucher besser gegen die Witterung zu schützen und die Bestuhlung so zu gestalten, dass mehr Personen Platz finden. Ich werde diesen Wunsch an die zuständigen Dienststellen weiterleiten. Wir werden in diese Richtung gehen.

Das Thema Sicherheit wurde von verschiedenen Rednern angesprochen. Wie Sie alle wissen, ist die Sicherheit seit Jahren eines unserer großen Sorgenkinder. Durch eine noch engere Zusammenarbeit mit der Polizei konnte die Polizeipräsenz vor Ort erhöht werden. Ich werde nicht müde zu unterstreichen, dass die Polizei nicht der Autorität des

Bürgermeisters untersteht. Manche legen dies so aus, als ob die Stadt Luxemburg sich hinter nationalen Kompetenzen verstecken wolle. Das ist keineswegs der Fall! Fakt ist, dass die Polizei dem Minister für innere Angelegenheiten untersteht. Ich will Ihnen die jüngsten Zahlen, die mir vor einigen Tagen vom Ministerium zugestellt wurden, nicht vorenthalten: Seit Anfang 2025 hat die lokale Polizei 1.600 Patrouillen durchgeführt. Es wurden 4.600 Identitätskontrollen durchgeführt und es gab 200 gebührenpflichtige Verwarnungen. Die Hundestafel war 750-mal im Einsatz. Diese Zahlen zeigen, dass Polizeipräsenz im öffentlichen Raum die beste Prävention darstellt. Da wir wissen, dass dies leider nicht ausreicht, hat die Stadt im Jahr 2025 erneut Verträge mit privaten Sicherheitsfirmen abgeschlossen, damit diese in der Oberstadt, im oberen Teil des Stadtteils Bonneweg sowie im Bahnhofsviertel Präsenz zeigen. Dies alles erfolgt in bester Zusammenarbeit mit „A vos côtés“. Die Einwohner des Bahnhofsviertels sagen uns, dass sie ein Mehr an Polizeipräsenz spüren und finden vor allem lobende Worte dafür, dass die Mitarbeiter von „A vos côtés“ immer präsent sind, um sie, wenn sie es wünschen, abends auf ihrem Weg nach Hause zu begleiten.

Fakt ist, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der die Gewaltbereitschaft im Alltag zunimmt. Auch unsere Mitarbeiter machen diese Erfahrung. Heute Morgen haben wir in einer Versammlung mit dem Leiter des Busdienstes erfahren, dass es mittlerweile mehrmals in der Woche vorkommt, dass Personen mit einem Messer in der Hand in den Bus steigen. Sie greifen den Fahrer nicht damit an, zeigen es aber, um ihn einzuschüchtern. Bis die Polizei vor Ort sein kann, sind diese Personen längst weg. Die zunehmende Gewaltbereitschaft ist erschreckend und nur mit denselben Akteuren (Polizei sowie Justiz-, Gesundheits- und Familienministerium), mit denen wir auch am „Drogendesch“ sitzen, können wir weiter daran arbeiten, um diese Personen, die oft psychiatrische Probleme haben, noch besser begleiten zu können. Schöffin Cahen ist auf die Projekte der Stadt Luxemburg eingegangen. Allerdings gibt es auch Situationen, wo es wichtig ist, dass der Polizei noch andere Mittel an die Hand gegeben werden, um dagegen vorgehen zu können. In einem Presseartikel war kürzlich zu lesen, dass zwei Einwohnerinnen des Stadtteils Pulvermühle sich über die dauerhafte Anwesenheit von Obdachlosen in einem Bushäuschen beklagt haben. Die Situation ist uns bekannt. Die betreffenden obdachlosen Personen verbringen Tag und Nacht im Bushäuschen und kaufen im Laden der gegenüberliegenden Tankstelle ein. Die Polizei hat keine Möglichkeit einzugreifen, da es keine rechtliche Grundlage gibt. Die beiden Personen halten sich nicht im Eingang eines Gebäudes auf. In Eingängen von Gebäuden interveniert die Polizei, doch oft sitzen oder liegen dieselben Personen wenige Stunden später wieder im Gebäudeeingang. Solche Situationen schränken die Lebensqualität der Einwohner ein. Durch die verschiedenen sozialen Einrichtungen im Bahnhofsviertel kommt dort eine gewisse Anzahl an Menschen zusammen und der Lärmpegel steigt tagsüber, vor allem aber abends an, und die Lebensqualität der Einwohner wird auf unerträgliche Art und Weise beeinträchtigt. Es ist wichtig, dass die verschiedenen Institutionen im Gespräch miteinander bleiben und ich hoffe, dass jenen Akteuren, die auf nationaler Ebene intervenieren könnten, die notwendigen gesetzlichen Mittel an die Hand gegeben werden, damit sie dies auch tun können. Ich hoffe, dass wir dafür die nötige Unterstützung finden werden. Und auch hier verstecken wir uns nicht hinter der nationalen Kompetenz. Seit langem zeigen wir mit dem Finger auf das Problem. Wo immer es unsere Zuständigkeit erlaubt, agieren wir. Die Stadt Luxemburg kann nicht tun, was nur die Polizei oder die Justiz tun kann, und sie kann auch nicht die Aufgabe von Kliniken übernehmen, um Menschen mit psychiatrischen Problemen zu betreuen. Ich könnte fortfahren und Ihnen von weiteren Vorfällen berichten.

Rat Benoy hat uns implizit vorgeworfen, dass bestimmte Dinge nur langsam vorankommen, weil die Stadt ihr Bautenreglement noch nicht angepasst habe. Das weise ich entschieden

zurück! Sollte Rat Benoy Kenntnis von einem solchen Dossier haben, kann er mir dies gerne nach der Sitzung mitteilen. Die Stadt wendet bereits eine Reihe von Vorschriften an, die voraussichtlich in das nationale Bautenreglement aufgenommen werden. Sie tut dies in einer Weise, die ihr für die Bürger und für die harmonische Entwicklung der Hauptstadt am besten geeignet erscheint. Im summarischen Vorentwurf des nationalen Bautenreglements gibt es verschiedene Textpassagen, die unseres Erachtens so nicht festgehalten werden können, da für die Gemeinden dann Verschiedenes nicht mehr möglich wäre. Das Syndikat SYVICOL wird diesbezüglich aktiv werden und die Stadt Luxemburg wird ein entsprechendes Schreiben an das Innenministerium richten.

Die Apéri'tours waren ein voller Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger, die daran teilgenommen haben. Den Bürgern wurde dadurch eine neue Möglichkeit geboten, um mit unserer Verwaltung zu arbeiten. Nicht nur der Schöfferrat war dabei vor Ort, sondern auch Vertreter der Dienststellen, die mit Projekten im jeweiligen Stadtteil befasst sind. Sie konnten den Bürgern ausführlich Rede und Antwort stehen. Es war dies eine sehr positive Erfahrung, sowohl für die Bürger als auch für unsere Mitarbeiter. Zu den Wünschen, die an uns herangetragen wurden, zählte auch die Einrichtung von Lebensmittelläden in Wohnvierteln – was nicht zu den Kompetenzen einer Gemeinde zählt. Schöffin Cahen hat zurecht darauf hingewiesen, dass der Betreiber eines kleinen Lebensmittelgeschäftes genug Kundschaft haben muss, um von seinen Einnahmen leben zu können. Die Entwicklung unserer Gesellschaft hat dazu geführt, dass kleine Geschäfte zu einem guten Teil nicht mehr überleben. Dies haben wir den Bürgern auch erklärt. Auch wir können nur bedauern, dass dem so ist. In vielen Stadtteilen wurde auch der Wunsch nach einer Apotheke im Viertel geäußert. Die Genehmigung zur Eröffnung einer Apotheke liegt ebenfalls nicht im Zuständigkeitsbereich einer Gemeinde. Der Austausch mit den Bürgern war sehr gut. Es wurde ihnen erläutert, warum bestimmte Dinge möglich sind und andere wahrscheinlich nicht. An der Umfrage haben mehr als 4.000 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen. In den großen Stadtteilen waren es jeweils mehr als 500 Personen, was durchaus als repräsentativ gesehen werden kann. Die Ergebnisse der Umfrage sind daher auch repräsentativ. Ich kann gut verstehen, dass die Opposition nicht erfreut ist, wenn bei der Meinungsumfrage herauskommt, dass zwischen 81 und 95 Prozent der Bürger mit der Lebensqualität in ihrem Stadtteil zufrieden oder sehr zufrieden sind. Am Ende jedes Jahres lädt die Stadt ihre neuen Einwohner zu einem Empfang ein, wo auch Vertreter unserer Dienststellen anwesend sind. Das Feedback der neuen Einwohner ist sehr positiv. Menschen, die zuvor in London oder New York gelebt haben, äußerten sich ausschließlich positiv über unser *Bierger-Center*.

Rat Benoy hat das Dossier ZUG angesprochen. Ich werde nicht mehr auf den Inhalt des Dossiers eingehen, das aus zwei Teilen besteht. Es sei daran erinnert, dass die Stadt der Vereinigung ZUG bereits im Frühjahr 2022 einen Termin angeboten hatte, um auf unserer Plattform Einblick in die gewünschten Dokumente nehmen zu können. Die Vereinigung lehnte dieses Angebot damals ab und forderte die Aushändigung einer Kopie der Dokumente. Nach dem Gerichtsurteil haben wir der Vereinigung Termine vorgeschlagen, um Einblick in die Dokumente zu nehmen. Keiner der vorgeschlagenen Termine wurde bis heute wahrgenommen. Es scheint demnach, dass das Interesse der Vereinigung doch eher begrenzt ist. Soweit zu diesem Dossier, das uns im Gemeinderat mehr als einmal beschäftigt hat.

Der Schöfferrat steht zu dem, wofür er sich in der Schöfferratserklärung engagiert hat. Ohne die 4.600 Mitarbeiter, die Tag für Tag im Interesse der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger arbeiten, könnten wir keine Projekte umsetzen. Ich möchte daher mit einem großen Dankeschön an sie alle schließen.

2) Abstimmung über eingereichte Änderungsanträge und Motionen

Rat Tom Weidig (ADR) hat folgende Motion eingereicht:

„Motioun fir méi Transparenz zu der finanzieller Situatioun vun der Stad Lëtzebuerg

De Stater Gemengerot

- wëll datt de Stater Bierger komplett iwwer déi finanziell Situatioun vun der Stad Lëtzebuerg informéiert ass.
- decidéiert duerfir datt beim Vote vum Budget 2025 och d'Informatioun zu den Aktive vun der Stad Lëtzebuerg ernimmt ginn, nämlech déi finanziell Reserve vun der Stad Lëtzebuerg, mee och de ongeféiere Wäert vum Portfolio vun Terrainen an Immobilien, déi d'Stad Lëtzebuerg huet.
- freet datt d'Finanzkommissioun hire Rapport zum Budget 2025 ergänzt mat deenen Informatiounen.“

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Diese von Rat Weidig eingereichte Motion ist nicht zulässig. Zum einen ist die Forderung nicht neu, denn sie wurde bereits vor zwei Jahren vorgebracht. Zum anderen wird gefordert, dass bei der Abstimmung über den Haushalt 2025 auch Informationen über das Vermögen der Stadt Luxemburg geliefert werden, insbesondere ihre Finanzreserven und der ungefähre Wert des städtischen Grundstücks- und Immobilienbestands, und dass der Bericht der Finanzkommission zum Budget 2025 um diese Informationen ergänzt werden soll. Änderungen lassen sich zu diesem Zeitpunkt keine mehr vornehmen. Da die Motion nicht zulässig ist, braucht sie nicht zur Abstimmung gestellt zu werden.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Die Entscheidung, ob die Motion zulässig ist oder nicht, liegt nicht bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin. Die Motion sollte zur Abstimmung gestellt werden.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Motion kann nicht zur Abstimmung gestellt werden, denn sie ist nicht zulässig. Kraft meines Amtes kann ich feststellen, ob eine Motion zulässig ist oder nicht.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Sie hätten mir das dann bereits vor der Gemeinderatssitzung mitteilen können. Wann wurde die Entscheidung der Nicht-Zulässigkeit getroffen?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir wurden seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass die in der Motion enthaltenen Forderungen sich auf das Budget 2025 beziehen. Was den Inhalt der Motion angeht, hatte Finanzschöffe Mosar bereits vor zwei Jahren die nötigen Erklärungen gegeben.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Vor zwei Jahren wurde die Motion für zulässig erklärt und zur Abstimmung gestellt. Zu welchem Zeitpunkt haben Sie, Frau Bürgermeisterin, entschieden, dass diese Motion unzulässig sei?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Hier und heute, nachdem uns der von mir erwähnte Hinweis seitens der Verwaltung erreicht hat. Der Budgetbericht wurde schon von der Finanzkommission validiert.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Ich habe um eine Ergänzung des Budgetberichts gebeten.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir wollen mal nicht so sein und die Motion zur Abstimmung stellen.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Es handelt sich um einen Tippfehler.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wie würden Sie den Text denn richtig formulieren?

Rat Tom WEIDIG (ADR): Sie hätten mich darüber informieren können, damit ich die richtige Jahresangabe hätte einfügen können.

Schöffe Laurent MOSAR: Vor zwei Jahren lag uns eine quasi identische Motion vor, mit der Forderung, die Angaben über die finanziellen Reserven der Stadt Luxemburg sowie den ungefähren Wert von Grundstücken und Immobilien, die sich im Besitz der Stadt befinden, ins Budget einzuschreiben. Damals hatte ich Rat Weidig geantwortet, dass das Gemeindegesetz nicht vorsieht, dass solche Angaben in das Budget eingeschrieben werden können. Das Gemeindegesetz enthält strenge Vorgaben zur Aufstellung eines Budgets. In der vorliegenden Motion fordert Rat Weidig nun, dass der Bericht der Finanzkommission zum Budget 2025 um die geforderten Informationen ergänzt wird. Der Gemeinderat kann nicht darüber abstimmen, ob ein bereits validierter Budgetbericht um weitere Angaben ergänzt werden soll. Für den Budgetbericht zeichnet der designierte Budgetberichtersteller zuständig. Es kann nicht sein, dass jemand im Nachhinein fordert, den Bericht zu ergänzen. Auf eine solche Forderung einzugehen, hieße die Büchse der Pandora zu öffnen.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Ich hatte noch keine Gelegenheit, die Motion vorzustellen. Der Schöffenrat hätte mich vorher über seine Entscheidung, die Motion für unzulässig zu erklären, informieren sollen.

Schöffe Laurent MOSAR: Es wird ein Listing mit allen Immobilien der Stadt Luxemburg geführt. Rat Weidig kann diese Aufstellung einsehen. Die Entscheidung zur Erstellung einer solchen Übersichtstabelle wurde vor einigen Jahren vom Schöffenrat getroffen. Das Gemeindegesetz enthält strenge Vorschriften für die Aufstellung des Budgets. Die Forderung von Rat Weidig ist nicht mit dem Gemeindegesetz vereinbar.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Wie hoch sind denn die Aktiva der Stadt Luxemburg? Eine Milliarde Euro, 20 Milliarden Euro...?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ist der Gemeinderat mit dem Vorschlag, die vorliegende Motion für unzulässig zu erklären, einverstanden?

Der Gemeinderat erklärt die Motion einstimmig für unzulässig. Der Vertreter der ADR-Fraktion nimmt nicht an der Abstimmung teil.

3) Abstimmung über das berichtigte Budget 2025 und die Budgetvorlage 2026 der Stadt Luxemburg

	Berichtigtes Budget 2025	Budgetvorlage 2026
Ordentliche Einnahmen	1.298.511.900	1.306.620.800
Ordentliche Ausgaben	907.835.900	921.302.500
Ordentliches Resultat	390.676.000	385.318.300
Außerordentliche Einnahmen	122.200.700	89.924.300
Außerordentliche Ausgaben	687.378.500	707.852.000
Außerordentliches Resultat	-565.177.800	-617.927.700
Resultat des Rechnungsjahres	-174.501.800	-232.609.400

Das berichtigte Budget 2025 und die Budgetvorlage 2026 werden mit den Stimmen der Vertreter von DP und CSV gutgeheißen. Die Vertreter von déi gréng, LSAP, déi Lénk und ADR stimmen dagegen.

4) Abstimmung über die Konten 2024 der Stadt Luxemburg, die Konten 2024 der Stiftungen und die Baukostenabrechnungen 2024

Konten der Stadt Luxemburg

Ordentliche Einnahmen	1.236.361.892,65
Ordentliche Ausgaben	806.582.318,59
Ordentliches Resultat	429.779.574,06
Außerordentliche Einnahmen	24.526.772,31
Außerordentliche Ausgaben	441.362.182,29
Außerordentliches Resultat	-416.835.409,98
Resultat des Rechnungsjahres	12.944.164,08

Finanzsituation am Ende des Rechnungsjahres 2024

Resultat des Rechnungsjahres 2024	12.944.164,08
Boni vorangehender Jahre	571.163.356,45
Gesamtergebnis	584.107.520,53

Die Konten 2024 der Stadt Luxemburg werden einstimmig gutgeheißen.

Konten 2024 der Stiftungen

Die Konten 2024 der Stiftungen werden einstimmig gutgeheißen.

Baukostenabrechnungen 2024

Die Baukostenabrechnungen 2024 werden einstimmig gutgeheißen.

VIII VERLÄNGERUNG DER ENERGIEPRÄMIE FÜR DAS JAHR 2026

Der Gemeinderat ist aufgerufen, einer Verlängerung der Zuteilung einer Energieprämie und einer „prime énergie réduite“ für das Jahr 2026 zuzustimmen. Alle Einwohner der Stadt Luxemburg, die bereits die Energieprämie oder die geminderte Energieprämie („prime énergie réduite“) vom Staat erhalten haben, sind berechtigt, diese Prämien zu beantragen. Ein entsprechender Nachweis muss vorab bei der Stadtverwaltung eingereicht werden. Der Betrag der Prämie wird auf der Grundlage der Haushaltsgröße berechnet:

Personen pro Haushalt	Energieprämie	„Prime d'énergie réduite“
1 Person	440 €	220 €
2 Personen	550 €	275 €
3 Personen	660 €	330 €
4 Personen	770 €	385 €
5 und mehr Personen	880 €	440 €

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Unsere Fraktion wird die vorgeschlagene Verlängerung der Energieprämie mittragen. Diese Prämie ist ein wichtiges Instrument, um sozial benachteiligte Haushalte gezielt zu unterstützen. Aus dem Sozialmonitoring der Stadt Luxemburg 2020-2022 geht hervor, dass auf dem Stadtgebiet mehr als 11.000 Personen wohnen, die unter der Armutsgrenze leben, obwohl sie berufstätig sind. Unsere Stadt ist reich, doch viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sind es nicht, weshalb eine Unterstützung notwendig ist. Leider nehmen viele Berechtigte die Prämie nicht in Anspruch. Wie hat sich die Zahl der Antragsteller seit der Einführung der Energieprämie entwickelt?

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): Unsere Fraktion freut sich über die Verlängerung der Energieprämie und der „prime d'énergie réduite“ für das Jahr 2026. Viele Personen, die diese Prämie in Anspruch nehmen können, leben in Mietwohnungen, die noch nicht energetisch saniert wurden. Noch vor Kurzem konnten wir über einen solchen Fall in der Presse lesen. Die Empfänger der Prämie können nichts dafür, dass die Wohnungen von den Eigentümern nicht renoviert werden. Manchen Eigentümer ist der Zustand der vermieteten Wohnungen jedoch egal – Hauptsache, es kommt Geld rein!

Vor dem Hintergrund des nationalen Armutsplanes mit einem „guichet social unique“ – einer digitalen Plattform, auf der die Bürger ihre Daten nur einmal eingeben müssen und sofort erfahren, welche Hilfe ihnen zusteht – und wissend, dass Empfänger der Beihilfen, die jahrelang in Armut leben, immer weniger mit dem Ausfüllen von Formularen zurechtkommen, möchte ich folgende Fragen an den Schöffenrat richten: Wäre es möglich, den Verwaltungsaufwand für die potenziellen Empfänger dahingehend zu vereinfachen, dass die Stadt die benötigten Daten sofort vom *Fonds national de solidarité* (FNS) erhält? Könnte der zuständige Schöffe erneut erläutern, was genau unter einer Energieprämie und einer „prime d'énergie réduite“ zu verstehen ist?

Schöffe Laurent MOSAR: Die Stadt Luxemburg ist die einzige Gemeinde im Land, die eine auf der nationalen Prämie basierende kommunale Energieprämie eingeführt hat. Deren Höhe richtet sich nach der Anzahl der Personen im Haushalt des Antragstellers. Vergangenes Jahr hat die Regierung zusätzlich die Einführung einer „prime d'énergie réduite“ beschlossen. Diese reduzierte Prämie richtet sich an Haushalte, die über ein höheres Einkommen als die festgelegte Obergrenze verfügen. Da die geminderte Energieprämie erst vergangenes Jahr eingeführt wurde und die eingegangenen Anträge noch bearbeitet werden, verfügen wir derzeit noch nicht über konkrete Zahlen. Die Zahl der Antragsteller ist aber substanziell gestiegen, was auch zeigt, dass unsere Kommunikationsstrategie gut funktioniert.

Die administrative Vereinfachung liegt mir und auch Schöffin Cahen sehr am Herzen. Wir stehen in engem Kontakt mit unserer Dienststelle „Technologies de l'information et de la communication“ (TIC) und dem FNS. Die benötigten Daten werden uns vom FNS übermittelt und wir brauchen diese demnach nicht mehr zu überprüfen. Nichtsdestoweniger

müssen wir z.B. noch prüfen, ob der Antragsteller nach wie vor in der Hauptstadt wohnt. Wir versuchen, die Überprüfung von Daten auf ein Minimum zu begrenzen, den Verwaltungsaufwand zu vereinfachen und die Prämien so schnell wie möglich auszubezahlen. 2026 werde ich vielleicht mit konkreteren Zahlen über die Entwicklung der gestellten Anträge dienen können.

Die Verlängerung der Energieprämie und der „prime d'énergie réduite“ für das Jahr 2026 wird einstimmig gutgeheißen.

IX BETEILIGUNG AN DER FINANZIERUNG DES TRAM-DEPOTS IN CLOCHE D'OR

Der Gemeinderat ist aufgerufen, einer finanziellen Beteiligung der Stadt Luxemburg in Höhe von 21.100.000 € für den Bau eines Tram-Depots („Centre de remisage et de maintenance“ – CRM) in Bereich der Cloche d'Or zuzustimmen. Das Projekt wird im Rahmen der geplanten Erweiterung des Tramnetzes umgesetzt. Das Rollmaterial wird nachts im CRM abgestellt und auch dort gewartet. Die bebaute Fläche wird 4,9 Hektar betragen. Insgesamt werden dort 40 Straßenbahnen mit einer Länge von 56 Metern oder 50 Straßenbahnen mit einer Länge von 40 Metern Platz finden. Auch ein Verwaltungsgebäude gehört zum Projekt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 152.400.000 € (ohne Mehrwertsteuer). Davon werden 131.300.000 € (ohne MwSt.) vom Staat und 21.100.000 € (ohne MwSt.) von der Stadt Luxemburg finanziert.

Der Gemeinderat stimmt der Kostenbeteiligung einstimmig zu.

X ENTLASTUNG BEZÜGLICH EINER RECHNUNG ÜBER STABILISIERUNGSARBEITEN AN DER STÜTZMAUER HINTER EINEM APARTMENTGEBÄUDE

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Miteigentümergeinschaft des Apartmentgebäudes « Terrasses du Soleil » (1-5, rue du Kirchberg) vollständige Entlastung zu erteilen bezüglich einer Rechnung über Stabilisierungsarbeiten, die an einer hinter dem Gebäude gelegenen Stützmauer durchgeführt wurden. Die Stadt Luxemburg hat die Arbeiten an der in ihrem Besitz befindlichen Mauer, die die Rue du Soleil stützt, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit durchführen lassen, nachdem im Jahr 2017 Risse festgestellt worden waren. Die Kosten von 147.410,13 € wurden von der Stadt Luxemburg vorgestreckt und der Eigentümergemeinschaft im Jahr 2024 in Rechnung gestellt. Die durchgeführten technischen Gutachten kamen zu dem Schluss, dass die Instabilität der Mauer durch die Erdarbeiten verursacht wurde, die während der Errichtung des Gebäudes vor über 30 Jahren durchgeführt worden waren. Das Unternehmen, das diese Arbeiten ausgeführt hatte, existiert nicht mehr. Dem Gemeinderat wird vorgeschlagen, die Eigentümergemeinschaft bezüglich der erwähnten Rechnung vollständig zu entlasten und auf jegliche rechtliche Schritte zur Eintreibung dieses Betrags zu verzichten.

Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung.

XI ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN UNTER DER AUFSICHT DER STADT LUXEMBURG

1) Sozialamt: Konten 2022 und 2023 – berichtigter Haushalt 2025 – Budgetvorlage 2026

Sozialamt	Konten 2022	Konten 2023
Total des produits	8.857.709,55	10.146.866,40
Total des charges	7.722.451,42	9.396.761,35
Resultat des Rechnungsjahres	1.135.258,13	750.105,05

Sozialamt	Berichtigter Haushalt 2025	Budgetvorlage 2026
Ordentliche Einnahmen	13.500.670,00	13.603.400,00
Ordentliche Ausgaben	12.983.000,00	13.315.400,00
Ordentliches Resultat	517.670,00	288.000,00
Außerordentliche Einnahmen	1.128.000,00	1.205.500,00
Außerordentliche Ausgaben	926.500,00	982.000,00
Außerordentliches Resultat	201.500,00	223.500,00
Resultat des Rechnungsjahres	719.170,00	511.500,00

Der berichtigte Haushalt 2025, die Budgetvorlage 2026 sowie die Konten 2022 und 2023 des Sozialamtes werden einstimmig gutgeheißen.

2) Zivilhospize: Konten 2023 – berichtigter Haushalt 2025 – Budgetvorlage 2026

Zivilhospize	Konten 2023
Total des produits	44.352.494,75
Total des charges	44.352.494,75
Resultat des Rechnungsjahres	0,00

Zivilhospize	Berichtigter Haushalt 2025	Haushaltsvorlage 2026
Ordentliche Einnahmen	45.005.242	44.773.850
Ordentliche Ausgaben	45.004.900	44.773.700
Ordentliches Resultat	342	150
Außerordentliche Einnahmen	2.611.600	2.548.600
Außerordentliche Ausgaben	3.726.500	4.353.100
Außerordentliches Resultat	-1.114.900	-1.804.500
Resultat des Rechnungsjahres	-1.114.558	-1.804.350

Die Konten 2023, der berichtigte Haushalt 2025 und die Budgetvorlage 2026 der Zivilhospize werden einstimmig gutgeheißen.

3) Stiftung Jean-Pierre Pescatore: Konten 2022 – Berichtigter Haushalt 2025 – Budgetvorlage 2026

Stiftung J.-P. Pescatore	Konten 2022
Total des produits	31.676.792,44
Total des charges	29.982.648,22
Resultat des Rechnungsjahres	1.694.144,22

Die Konten 2022 der Stiftung J.-P. Pescatore werden einstimmig gutgeheißen.

Stiftung J.-P. Pescatore	Berichtigter Haushalt 2025	Budgetvorlage 2026
Ordentliche Einnahmen	38.858.000,00	39.807.000,00
Ordentliche Ausgaben	37.773.000,00	39.417.000,00
Ordentliches Resultat	1.085.000,00	390.000,00
Außerordentliche Einnahmen	3.100.000,00	4.647.000,00
Außerordentliche Ausgaben	21.487.000,00	3.565.000,00
Außerordentliches Resultat	-18.387.000,00	1.082.000,00
Resultat des Rechnungsjahres	-17.302.000,00	1.472.000,00

Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng): Wir bitten um ein separates Votum. Wir werden dem Haushaltsentwurf 2026 der Fondation Pescatore zustimmen, uns aber beim rektifizierten Budget 2025 der Stiftung enthalten, weil wir nicht damit einverstanden sind, dass derart hohe Beträge für den Bau einer Tiefgarage ausgegeben werden.

Der berichtigte Haushalt 2025 der Stiftung J.-P. Pescatore wird bei Enthaltung der Vertreter von LSAP und déi gréng gutgeheißen. Die Haushaltsvorlage 2026 der Stiftung J.-P. Pescatore wird einstimmig gutgeheißen.

XII URBANISMUS

1) Einstufung als nationales Kulturerbe des Gebäudes gelegen 37, Rue Raspert (Gutachten)

Mit Schreiben vom 21. Oktober 2025 hat der Kulturminister der Stadt Luxemburg mitgeteilt, dass er beabsichtigt, das Gebäude gelegen 37, Rue Raspert, als nationales Kulturerbe einzustufen. Laut dem *Institut national pour le patrimoine architectural* (INPA) wurde das Gebäude im Jahr 1915 errichtet und in den 1950er Jahren umgebaut. Es handelt sich um ein freistehendes, zweistöckiges Gebäude mit einem Mansardendach. Die Fassaden sind schlicht gehalten. Laut INPA sind

ursprüngliche Innenausstattungen erhalten geblieben. Aus baurechtlicher Sicht erlaubt der Teilbebauungsplan QE den Bau eines Gebäudes mit einer Höhe von 8,5 Metern am Dachfirst und einer Tiefe von 13 Metern, sofern ein durchschnittlicher hinterer Grenzabstand von 12 Metern eingehalten wird. Ein Bauantrag für den Umbau des Einfamilienhauses in drei Wohneinheiten wurde am 21. August 2025 eingereicht. Das eingereichte Projekt sieht leichte Innenumbauten, die Innenisolierung des Daches, die Installation von Photovoltaikmodulen sowie den Bau einer Terrasse vor. Angesichts der gewöhnlichen Beschaffenheit des Gebäudes wird dem Gemeinderat vorgeschlagen, ein negatives Gutachten zu erteilen.

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): Während unsere zuständige Dienststelle von einem gewöhnlichen Gebäude („à caractère ordinaire“) spricht, sind *déi gréng* der Ansicht, dass es sich um einen interessanten baulichen Zeitzeugen handelt. Wir sprechen uns daher für ein positives Gutachten aus.

Mit den Gegenstimmen von déi gréng, LSAP und déi Lénk spricht sich der Gemeinderat für ein negatives Gutachten aus.

2) Neuordnung von Bauland

Folgende Anträge zur Neuordnung von Grundstücken werden einstimmig gutgeheißen:

- 84, Rue de Kirchberg: Neuordnung der Grenzen der Parzellen 450/3789 und 450/4452 zwecks Optimierung der Bebaubarkeit der Parzellen und der Errichtung von zwei Neubauten;
- Rue Michel Flammang: Aufteilung der Parzellen 155/3834 und 156/2454 zwecks Schaffung eines neuen Bauplatzes sowie eines Grundstücks, das in den öffentlichen Bereich integriert werden soll.

XIII DEFINITIVE SCHULORGANISATION 2025/2026 DES KONSERVATORIUMS

Rätin Liudumila BRANCA (déi gréng): Das Konservatorium ist nicht einfach nur eine Institution unter vielen, sondern stellt eine tragende Säule des Bildungs- und Kulturwesens unserer Stadt dar. Zwischen 2024/25 und 2025/26 stiegen die Schülerzahlen um 1,28 %, die Zahl der Klassen um 3,92 % und die gesamten Unterrichtsstunden um 1,88 %. Besonders deutlich ist der Anstieg bei den sonstigen Dienstleistungen (+ 8,32 %).

Die Anzahl der Schüler, Kurse und Klassen steigt zwar, jedoch relativ langsam, was auf Kapazitätsengpässe hindeuten könnte. Es bestehen lange Wartelisten. Kurse für bestimmte Instrumente wie Klavier, Gitarre und Violine sind ausgelastet.

Die laufenden Infrastrukturarbeiten, darunter Renovierungsarbeiten, die bis 2027 andauern sollen, bergen das Risiko, die Expansion zu bremsen und logistische Herausforderungen zu schaffen. Der Personalwechsel beim Lehrpersonal, mehrere Pensionierungen im Jahr 2025, führen zu einem Verlust an Erfahrung, der einen effektiven Wissenstransfer erforderlich macht.

Die Entwicklung der lokalen Musikschulen und insbesondere die Renovierung der „Maison Michel Rodange“ in Clausen, die als Hauptsitz dienen soll, wird mit Ungeduld erwartet. Das

innovative Projekt „Young Talents Academy“ ist vielversprechend, bleibt aber einer Elite von Schülern vorbehalten.

Die ungleichmäßige Entwicklung der künstlerischen Fachbereiche ist auffällig. Einige Disziplinen wie Tasteninstrumente, Streichinstrumente und Gesang florieren, während andere, wie Tanz und „écriture“, mit infrastrukturellen Schwierigkeiten oder mangelnder Attraktivität zu kämpfen haben. Wir haben festgestellt, dass die Personalfreistellungen für die Fachbereichsleiter erhöht wurden. Woran liegt das?

Vor diesem Hintergrund schlagen wir einige Verbesserungen vor, z. B. die Schaffung zusätzlicher Klassen für die gefragtesten Instrumente, die Förderung weniger beliebter Instrumente sowie die Erstellung eines Verzeichnisses von Gebäuden und leerstehenden Räumlichkeiten im Besitz der Stadt, um die Anzahl der lokalen Musikschulen zu erhöhen und deren Rolle zu stärken. Wir schlagen die Etablierung und Stärkung von Partnerschaften mit Schulen, Schulfoyers oder Kulturvereinen, die Durchführung einer Analyse der Schulgemeinschaft sowie die Entwicklung einer wirklich übergreifenden Strategie und von Maßnahmen zur Erhöhung der Diversität der Schüler vor.

Man könnte beispielsweise weniger gefragten Disziplinen wie Tanz und „écriture“ durch thematische Festivals und interdisziplinäre Projekte mehr Sichtbarkeit verleihen oder sogar übergreifende Kreationen fördern, z. B. Musik plus Theater plus Tanz, um ein breiteres Publikum anzusprechen. Die „Young Talents Academy“ sollte auf vielversprechende Schüler von den frühen Phasen ihrer Laufbahn an ausgeweitet werden.

Die Aufsichtskommission des Konservatoriums besteht seit mehreren Jahren nicht mehr. Die Gründe dafür sind unbekannt. Wir schlagen die Einrichtung eines Unterstützungskomitees vor, in dem die gesamte Schulgemeinschaft (Lehrkräfte, Schüler und Eltern) vertreten ist. Dieser beratende und interdisziplinäre Ausschuss könnte zur strategischen Weiterentwicklung dieser Kulturinstitution beitragen.

Das Konservatorium befindet sich auf einem positiven Entwicklungskurs, steht aber weiterhin vor Herausforderungen bei der Bewältigung der steigenden Nachfrage, der Beschleunigung von Infrastrukturlösungen, dem Ausbau des Zugangs zu herausragenden Projekten, um ein ausgewogenes und inklusives Wachstum zu gewährleisten. Wir danken der Direktion, dem Lehrpersonal und allen Mitarbeitern des Konservatoriums für ihren großen Einsatz.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Das Konservatorium leistet hervorragende Arbeit, was auch der Beweis dafür ist, dass die Investitionen in die Kultur hochgehalten werden müssen. Auch wenn die langen Wartelisten weiterhin ein Problem bleiben, möchte ich mich heute mehr den positiven Aspekten zuwenden, denn das Konservatorium ist nicht nur eine Bildungsinstitution, sondern auch ein wichtiges kulturelles Standbein für unsere Stadt und unser Land.

Die Tatsache, dass andere Kultureinrichtungen im ganzen Land während der Arbeiten im großen Saal des Konservatoriums Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, ist ein besonders schönes Beispiel für Solidarität und erfolgreiche Zusammenarbeit und zeigt, wie stark vernetzt unsere kulturelle Landschaft ist.

Mit großem Respekt für die exzellente Arbeit, die im Konservatorium geleistet wird, würden wir uns wünschen, dass noch mehr Wert auf Kommunikation gelegt wird, um die breite Öffentlichkeit noch besser über die Angebote des Konservatoriums – vor allem Konzerte und andere Events – zu informieren. Es wäre schön, wenn neben den Schülern sowie ihren Eltern und Familien auch andere Interessierte an diesen kulturellen Momenten teilnehmen würden.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich bedanke mich für die Unterstützung. Wir alle wissen, dass das Konservatorium Opfer seines Erfolges ist und es lange Wartelisten gibt. Die Direktion tut ihr Bestes, doch sie können nicht mehr Schüler annehmen als Plätze zur Verfügung stehen. 1.600 Kinder besuchen eine lokale Musikschule. Im Gebäude des Konservatoriums besuchen 2.800 Schüler Kurse. Würden die Musikschulen nicht so gut funktionieren, könnten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht das bieten, was sie von einem Konservatorium erwarten. Mit großer Freude blicken wir der Eröffnung der „Maison Michel Rodange“, die zu einem Schmuckstück wird, entgegen. Das Gebäude wird eine noch bessere Organisation ermöglichen.

Die Pläne für das Konservatorium gehen auf das Jahr 1981 zurück. Eingeweiht wurde es im Jahr 1985. Die damaligen Pläne sahen eine Aufnahmekapazität von 1.700 Schülern vor. Derzeit belegen 2.800 Schüler Kurse im Gebäude. Dies zeigt zum einen den großen Erfolg des Konservatoriums, zum anderen die sich daraus ergebenden Raumprobleme. Glücklicherweise besteht eine hervorragende Zusammenarbeit mit anderen Schulen, insbesondere der „Ecole internationale Gaston Thorn“. Diejenigen Schüler, die ein exzellentes Niveau erreichen, verdanken dies nicht vermeintlichen Privilegien, sondern ihren eigenen Anstrengungen. Dass junge Talente besonders gefördert werden, ist absolut lobenswert, und wir wollen auch weiter in diese Richtung gehen. Der Direktor des Konservatoriums, Herr Marc Meyers, hat unterstrichen, dass er sich der Talentförderung noch mehr widmen wolle. Er hat angekündigt, für die neue Saison 2026/2027 eine neue Funktion annehmen zu wollen. Im Namen des Schöffen- und Gemeinderates möchte ich Herrn Meyers einen großen Dank für das aussprechen, was er in den vergangenen 15 Jahren geleistet hat. Unter seiner Leitung und in Zusammenarbeit mit dem beigeordneten Direktor haben das Konservatorium und viele seiner Schüler ein Niveau erreicht, das ihresgleichen sucht. In einem von der Stadt angemieteten Gebäude gegenüber vom Konservatorium wurden zusätzliche Räume für die Verwaltung des Konservatoriums und für Kurse zur Verfügung gestellt. Es wurde keine Mühe gescheut, um den Bitten und Wünschen des Konservatoriums bestmöglich gerecht zu werden. Dank der guten Kontakte der Direktion zu den anderen Kulturinstitutionen im ganzen Land konnten die Konzerte und Events, die bisher im Auditorium stattfanden – der Saal steht derzeit wegen Modernisierungsarbeiten nicht zur Verfügung – anderswo organisiert werden, sei es im *Grand Théâtre*, im Trifolion in Echternach, im CELO in Hesperingen, im *Kinnekssbond* in Mamer oder in anderen Kultureinrichtungen. Bekanntlich hat die Kinemathek – eine weitere Kulturinstitution, auf die wir sehr stolz sind – ihre Türen wegen Umbau- und Modernisierungsarbeiten geschlossen, so dass auch die Kinemathek sich auf die Suche nach Ausweichmöglichkeiten machen musste,

um weiterhin Filme zeigen zu können. Und auch die Kinemathek war bei ihrer Suche erfolgreich. Dies zeigt, wie gut unsere Institutionen funktionieren.

Im Namen des Schöffen- und Gemeinderates möchte ich der Direktion des städtischen Konservatoriums unseren großen Dank und unsere Anerkennung für die in all den Jahren geleistete Arbeit aussprechen. Wir werden noch Gelegenheit erhalten, dieses Dankeschön erneut gebührend zum Ausdruck zu bringen.

Die definitive Schulorganisation 2025/2026 des Konservatoriums wird einstimmig gutgeheißen.

XIV BEWIRTSCHAFTUNG DES WALDES DER ZIVILHOSPIZE IN LORENTZWEILER

Dieser Punkt wurde auf eine folgende Gemeinderatssitzung verlagert.

XV GERICHTSANGELEGENHEITEN

Der Gemeinderat ermächtigt den Schöffenrat, in verschiedenen Angelegenheiten vor Gericht aufzutreten.

XVI SCHAFFUNG / KONVERTIERUNG VON POSTEN

Der Gemeinderat ist aufgerufen, über die Schaffung/Konvertierung von Posten in folgenden Dienststellen zu befinden: *Service Eaux* (Konvertierung von zwei Posten); *Service Enseignement* (Konvertierung von vier Posten und Schaffung von zwei Posten); *Recette communale* (Konvertierung eines Postens); *Service Technologies de l'Information et de la Communication – TIC* (Schaffung von fünf Posten).

Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung.